

MART AYI ALMANYA BASIN DEĞERLENDİRMESİ

TS-BER/2010/16

Schlichter und Paschas

WWW.TAGESSPIEGEL.DE



Tagesspiegel, 01.03.2010

Die Festnahmen von Ex-Generälen unter Putschverdacht verschärfen die Spannungen in der Türkei – und erschweren Reformen.

Die Haftbefehle gegen mehr als 30 hohe Offiziere und Ex-Generäle unter Putschverdacht in den vergangenen Tagen sind eine historische Wegmarke für die Türkei, da sind sich alle einig. Doch darüber, ob es gut war, das Tabu der Unantastbarkeit der „Paschas“ zu zerstören, gehen die Meinungen weit auseinander.

Viele applaudieren den Staatsanwälten und sprechen von einer Stärkung der Demokratie. Nie zuvor hatte es eine Anklagebehörde gewagt, Spitzenvertreter der Armee anzutasten. Auch Generäle müssen sich in der Türkei ab sofort vorsehen, wenn sie sich an Plänen zum Sturz der Regierung beteiligen. Doch die Generäle können nach wie vor mit der Unterstützung von Teilen der Öffentlichkeit und der Bürokratie rechnen. Sie sehen in den Ereignissen keinen demokratischen Befreiungsschlag, sondern die Vorboten eines Unrechtsstaates.

Über Jahrzehnte war die türkische Armee die mächtigste Institution im Land, vom Volk verehrt und von Politikern gefürchtet. Doch damit ist es vorbei. EU-Reformen und eine selbstbewusstere Öffentlichkeit haben dafür gesorgt, dass die Macht der Militärs nicht mehr ungefragt hingenommen wird. Ein Staatsstreich oder eine Drohung mit einem Umsturz kommen angesichts dieser Lage für die Armee kaum noch infrage – als sie vor drei Jahren das letzte Mal mit einem Sturz von Recep Tayyip Erdogan drohten, bekamen die Militärs wenig später die Quittung in Form eines Erdrutschsieges des verhassten Premiers bei vorgezogenen Neuwahlen. Die Vorstellung, dass eine vom Wähler nicht legitimierte Institution wie die Armee eine Wächterrolle über die Politik eines Landes ausübt, ist nach westlichem Verständnis unvereinbar mit den Grundsätzen einer Demokratie. In der Türkei ist das anders. Ein Teil der Bevölkerung und große Teile der Eliten betrachten die Armee als Rettungsring. Bekommt dieser Rettungsring Löcher, wie durch die Massenfestnahmen von Offizieren, dann wächst in diesem Teil der Gesellschaft die Furcht.

Erdogans Gegner sind überzeugt, dass er die Türkei in den islamischen Gottesstaat führen will. Der zweimalige Regierungsauftrag der AKP durch die Wähler, die EU-Reformpolitik und die liberale Wirtschaftspolitik zählen aus dieser Sicht nicht. Auch die Tatsache, dass die Türkei nach sieben Jahren angeblich islamistischer Regierung heute freier, weltoffener und pluralistischer ist als jemals zuvor, lassen die Erdogan-Gegner nicht gelten. Hinter dieser verbissenen Ablehnung steht nicht zuletzt das Unbehagen über den Aufstieg einer neuen Gesellschaftsschicht frommer Anatolier, die unter

Erdogan zu Geld gekommen ist und sich anschickt, den alten Eliten ihren Platz streitig zu machen.

Der Regierungschef muss sich vorwerfen lassen, äußerst dünnhäutig auf Kritik zu reagieren. Erst am Freitag attackierte er wieder die Medien des Landes wegen einer angeblich übertrieben schwarzseherischen Berichterstattung, die der Wirtschaft schade. Diese Polarisierung wird es der türkischen Politik schwer machen, anstehende Reformwerke im Konsens anzugehen. Am wichtigsten wäre die Ausarbeitung einer neuen, demokratischeren Verfassung – die derzeitige wurde vor fast 30 Jahren nach einem Militärputsch von den Generälen diktiert. Eine Justizreform tut ebenfalls not, um die Türkei in ihrer Demokratisierung und in ihrer EU-Bewerbung weiterzubringen.

UZLAŞTIRICI VE PAŞA

Türkiye'de 30'dan fazla emekli ve muvazzaf subayın tutuklanması, tarihî bir dönüm noktasıdır. "Paşa" olarak nitelendirilen generallere dokunulmasının, yerinde bir davranış olup olmadığı ise toplumda yer alan ayrı bir tartışma konusudur.

Birçok kişi savcılara alkış tutarken demokrasinin bu şekilde güçlendiğine inanıyor. Bu zamana kadar yargı makamlarının hiçbirisi, üst düzey ordu mensuplarına dokunmaya cesaret edememişti. Bundan böyle ülkede generaller, darbe planlarına karıştıkları takdirde bu durumdan sorumlu tutulacak. Buna rağmen kamuoyunda ve bürokraside, generalleri desteklemeye devam eden bazı gruplar da mevcut.

Türkiye'de uzun yıllardan beri ordu en etkili kurum olma özelliğine sahipti. Siyasetçiler ordudan büyük ölçüde çekinirken halk orduya güven duyardı. Artık bu dönem geride kaldı. AB reformları, ordunun gücünün ve nüfuzunun büyük ölçüde sorgulanmasına neden oldu. Türk ordusunun ülkede bir darbe gerçekleştirmesi veya darbe tehdidinde bulunması artık mümkün görünmüyor. Seçimle başa gelmemiş olan bir kurumun ülkenin siyasetini etkilemeye çalışması, Batı demokrasi anlayışına ters bir durumdur. Hâlbuki Türkiye'de halkın bir kısmı özellikle elit bir kesim, Türk ordusunu bir cankurtaran simidi olarak görüyor. Bu kesim, bu cankurtaran simidi zedelendiğinde -yani emekli ve muvazzaf subaylar toplu hâlde gözaltına alındığında- endişelenmeye başlıyor.

Başbakan Erdoğan karşıtları, kendisinin, ülkeyi İslami bir teokratik devlet hâline getirmeyi hedeflediğine inanıyor. Bu kesim için AK Partinin seçmen tarafından 2 defa seçilmiş ve AB reformlarını gerçekleştirmiş olmasının ve liberal bir ekonomi politikası izlenmesinin önemi yok. Ayrıca Başbakan Erdoğan karşıtları, son 7 yılda ülkenin daha serbest ve daha çoğulcu bir hâlde geldiği gerçeğini de görmezlikten geliyor. Bu kesim, Anadolu'da yeni bir muhafazakâr zümrenin oluşmasından rahatsızlık duyuyor.

Başbakan Erdoğan cuma günü yaptığı bir açıklamada, ülkedeki medyayı sürekli olumsuz haberlere yer vermesi nedeniyle sert bir şekilde eleştirdi ve bu

tutumun ülke ekonomisine zarar verdiğini hatırlattı. Ülkedeki kutuplaşma, reformlar konusunda bir mutabakat sağlanmasını zorlaştıracaktır. Türkiye'de demokratikleşme ve AB müzakereleri bağlamında acilen bir yargı reformunun yapılması gerekiyor.

Der lange Abschied von Atatürk

WELT ONLINE

Die Welt, 01.03.2010

Die Massenverhaftungen hoher Militärs zeigen, dass die Türkei weiter nach einer gesellschaftlichen Balance sucht

Seit Jahren ringen die neuen und die alten Eliten der Türkei um die Macht. Ein langsamer Regimewechsel findet statt: An die Stelle der säkularen, antiklerikalen Republik des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk - formal demokratisch, aber orientiert an autoritären und militaristischen Mustern - tritt etwas Neues, dessen Umrisse erst klar hervortreten müssen. Optimisten dürfen hoffen, dass es ein nach Europa strebendes, demokratisches, modernes, pluralistisches Regime sein wird, dessen offen islamische Sympathien nicht stören, sondern bewiesen werden, dass Islam, Toleranz und Demokratie kompatibel sind. Pessimisten fürchten, dass es genauso autoritär sein wird wie das vorangegangene, nur unter religiösem Vorzeichen und mit einer offensiveren Außenpolitik, die jenseits von EU und Nato nach einer Vormachtstellung in der islamischen Welt strebt und sich als Gegengewicht zu Europa versteht.

In dieser Woche wurde das Ringen um die Seele der Türkei besonders heftig ausgetragen, als Dutzende höchster Offiziere wegen sieben Jahre zurückliegender Putschpläne verhaftet wurden. Über die tieferen Ursachen dieses Showdowns war wenig zu lesen. Einer der wichtigsten Gründe ist, dass sich die strategische Bedeutung der Türkei für die USA geändert hat. In der Zeit des Kalten Krieges, als kommunistische Agitatoren gezielt versuchten, das Nato-Land zu destabilisieren, sah Washington im türkischen Militär einen Stabilitätsgaranten. Vor diesem Hintergrund konnte das Militär gewählte Regierungen stürzen, viermal seit 1960.

Inzwischen hat sich die Welt geändert - der Kalte Krieg und dessen Logik sind Geschichte. An dessen Stelle ist ein globaler Konflikt der USA mit dem radikalen Islam getreten. Amerika braucht ein Vorzeigeland, ein Modell, um zu zeigen, dass der Islam nicht radikal sein muss, dass islamische Gesellschaften erst dann auch wirtschaftlich erfolgreich sein werden, wenn sie sich reformieren, demokratisch werden und sich mit Amerika verbünden. Wenn sie also so werden wie die moderne Türkei.

Damit das Beispiel überzeugt, müsste die Türkei natürlich ein tatsächlich islamisch geprägtes Land werden. Bislang war sie eher ein Beispiel dafür, wie man den Islam mit autoritären Mitteln politisch kastriert und danach ein einigermaßen erfolgreiches Land wird. Das war Atatürks Sichtweise. Sie wird seither aufrechterhalten und wurde bislang konsequent umgesetzt, vom Militär, das den politischen Islam als Gefahr für die nationale Sicherheit betrachtet und ihn seit mehr als 80 Jahren in Schach hält. Solange die Türkei in der islamischen Welt als von einem antireligiösen Militär gegängelt erscheint, kann sie nicht als Beispiel wirken.

Das heißt nicht, dass die Amerikaner das türkische Militär als politische Kraft aktiv demontieren. Aber im Machtkampf der Kemalisten gegen die neuen islamischen Eliten hat sich Washington behutsam, aber klar auf die Seite der islamisch geprägten Regierungspartei AKP geschlagen. Damit ist dem alten Regime eine seiner tragenden Säulen weggebrochen.

Die neuen Verhältnisse sind aber ganz entscheidend auch das Ergebnis tiefer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderungen in der Türkei selbst. Es gibt ein neues, reiches, islamisches Bürgertum, das die Macht begehrt. Dieses neue Bürgertum ist das Ergebnis einer gezielten politischen Strategie einiger islamischer Theoretiker, die seit den 70er-Jahren eine "islamische Wirtschaft" von unten her aufbauen wollten. Die Idee war, mit dem Geld frommer Anhänger Unternehmen zu schaffen, die dann nur gläubige Muslime beschäftigen und mit der Zeit so reich und mächtig werden sollten, dass auch die Politik islamisch würde und die Strukturen des Staates auch. Es war eine sehr erfolgreiche Strategie. Daraus entstanden die sogenannten "anatolischen Tiger", die vor allem im Textilbereich große Unternehmen schufen und viel Geld verdienten. Sie waren es, die der AKP finanziell den Weg zur Macht ebneten.

Inzwischen ist die Textilbranche in der Krise, aber seit 2001 regiert die AKP und öffnet ihren Anhängern neue wirtschaftliche Möglichkeiten. Regierungsaufträge gehen vorzugsweise an befreundete Holdings. Nun verdient man mit fast allem Geld, nicht nur mit Textilien.

Die Islamisierung der türkischen Gesellschaft ist die bestimmende Dynamik der letzten 20 Jahre. Aber man kann noch weiter zurückgehen, um Erklärungen für das derzeitige Geschehen zu finden. Zurück bis zur Staatsgründung, bis zu Atatürk. Seinen säkularen Nationalstaat schuf er mit harter Hand. Bis heute werden die Archive aus jenen Jahren verschlossen gehalten. Tatsache ist, Kurden und Muslime wurden brutal gemäßregelt. Dem Volk wurden buchstäblich neue Kleider befohlen, ein neues Alphabet, ein neues Denken.

Dass so etwas auf lange Sicht nicht klappen kann, das wissen Sozialforscher nur zu gut. Es ist ein schweres Trauma. Man kann es verdrängen, aber es wirkt in der Tiefe weiter. Solchem Druck auf die Gesellschaft muss eine Gegenbewegung folgen. Die Geschichte der modernen Türkei kann man als Hin und Her von Druck und Gegendruck lesen, ausgelöst von der ursprünglichen, tiefen Erschütterung der kemalistischen Revolution. Jedes

Mal, wenn die Repression gelockert wurde, erhoben Islamisten und Kurden (und, in den 70er-Jahren, Kommunisten und Faschisten) wieder ihre Stimmen, und wenn diese zu laut wurden, dann kam der nächste Putsch, und alles ging von vorn los.

Aber die Ausschläge dieser Pendelbewegung wurden mit der Zeit kleiner. Der erste Putsch 1960 führte noch zur Hinrichtung des gewählten Ministerpräsidenten Adnan Menderes. Der letzte, 1997, kam ganz ohne Gewalt aus, es war reine politische Einflussnahme (mithilfe von Drohungen). Auch auf der Gegenseite wird man gelassener. Der politische Islam in der Türkei wollte einst den Gottesstaat einführen. Davon ist nicht mehr die Rede. Und so tastet die Gesellschaft nach einem Gleichgewicht zwischen den Polen ihrer Identität - zwischen dem allseits verehrten Atatürk und den Traditionen, die vor ihm waren und die er vergeblich auszulöschen versucht hatte. Wenn die Türkei dieses Gleichgewicht findet, kann sie verheißungsvollen Zeiten entgegensetzen.

ATATÜRK'E UZUN VEDA

Türkiye'de eski elit kesimle yeni elit kesim arasındaki mücadele yıllardan beri devam ediyor. Türkiye'de yavaşça bir rejim değişikliği gerçekleşiyor. Mustafa Kemal'in kurucusu olduğu, şeklen demokratik görünen ancak otoriter ve askerî esasların geçerli olduğu laik cumhuriyetin yerine, şekli henüz belirlenmesi gereken yeni bir oluşum ortaya çıkıyor. Bu gelişmeye olumlu bakanlar bunun, İslamiyet, hoşgörü ve demokrasinin bağdaştırıldığını kanıtlayan ve aynı zamanda Avrupa'ya yönelmiş, demokratik, modern çoğulcu bir rejimin olacağını ümit edebilir. Ancak bu gelişmeye olumsuz bakanlar, bu rejimin önceki rejim gibi otoriter, bununla birlikte din ağırlıklı ve AB ve NATO dışında İslam dünyasında lider olmayı amaçlayan aktif bir dış politika izleyen ve kendisini Avrupa'ya karşı bir denge unsuru olarak algılayan bir rejim olduğundan endişe duyuyor.

Türkiye'de son dönemlerde üst düzey subayların tutuklanması, yaşanan güç mücadelesinin sertleştiğini göstermektedir. Bu gelişmelerin asıl nedenleri pek gündeme getirilmiyor. Bu gelişmelerin nedenlerinden birisi de Türkiye'nin ABD'nin nezdinde stratejik öneminin değişmesidir. Türk ordusu, soğuk savaş döneminde bir istikrar garantörü olarak görülüyordu. Bu nedenle ordu, 1960 yılından bu yana dört kez, seçilmiş hükümetleri devirebildi.

Ancak artık dünya değişti. Soğuk savaş ve beraberinde getirdiği mantık, tarih oldu. Bunun yerini, ABD'nin radikal İslam'a karşı yürüttüğü küresel mücadele aldı. ABD, Müslüman toplumların reformlar gerçekleştirmesi, demokratikleşmesi ve ABD ile ittifak kurması durumunda ekonomik açıdan da başarılı olabileceğini gösteren bir model ülkeye ihtiyaç duymaktadır. Bu modelin inandırıcı olması için Türkiye'nin gerçekten İslami bir ülke olması gerekmektedir. Türkiye şimdiye kadar daha ziyade İslamiyet'in otoriter bir şekilde siyasi olarak engellenmesi durumunda başarılı bir ülke olunabileceğini gösteren bir model niteliğindeydi. Bu model Atatürk'ün bakış açısını yansıtıyordu.

Bu, ABD'nin Türk ordusunu siyasi bir güç olarak devre dışı bırakmak istediği anlamına gelmiyor. Ancak ABD, Kemalistler ile yeni İslami elit kesimler arasında süregelen güç mücadelesinde açık bir şekilde İslami iktidar partisi AK Parti'den yana tavır almıştır. Böylelikle eski rejimin taşıyıcı bir unsuru ortadan kalkmıştır.

Ortaya çıkan yeni gelişmelerde, Türkiye'de yaşanan köklü toplumsal ve ekonomik değişimler de etkili olmuştur. İktidara sahip olmak isteyen yeni bir İslami burjuva oluştu. Türk toplumunda son 20 yıldır bir İslamlaşma yaşanıyor. Atatürk'ün sert önlemlere başvurarak kurduğu laik ulus devlette, Kürtler ve Müslümanların sert muamelelere maruz kaldıkları bir gerçektir. Böyle bir yapının uzun vadede başarılı olamayacağını bilim adamları bilir.

Türkiye'deki siyasi İslam, bir zamanlar din devleti kurmayı amaçlıyordu. Ancak artık böyle bir şey söz konusu değil. Toplum, herkes tarafından takdir edilen Atatürk ile ondan önce var olan ve onun ortadan kaldırmayı başaramadığı gelenekler arasında dengeyi bulmaya çalışıyor. Şayet Türkiye bu dengeyi bulursa geleceğe umutla bakabilir.

Power Struggle in Turkey

Is Erdogan Strong Enough to Take on the Generals?



Spiegel International, 03.03.2010

By Daniel Steinvorth

Last week's arrest of military brass amid allegations of a plot against the Turkish government have dealt a serious blow to the country's secular elite. But some are asking if Prime Minister Erdogan has bitten off more than he can chew.

Four-star General Cetin Dogan, 69, has a fondness for luxury. Shortly before his retirement, the army veteran, who until five years ago was the commander of the First Army of the Turkish armed forces and a feared hawk, bought a three-story beach villa in the resort town of Bodrum on the Aegean Sea, where he intended to spend his golden years.

But that vision is not likely to materialize, at least not for the foreseeable future. Last Monday, police officers with Turkey's counter-terrorism force TEM searched Dogan's dream house. The general himself was arrested in Istanbul, where he was taken away in handcuffs. No one had ever treated him like that before.

Ibrahim Firtina, 67, was also taken by surprise. The heavyset four-star general, with his bushy, Leonid Brezhnev-style eyebrows, was the commander of the 60,000-member Turkish Air Force, the pride of Anatolia, for four years.

Like Dogan, he too was considered a member of the country's top military brass, an untouchable "pasha."

That was until last Monday, when police rang the doorbell at his villa in Ankara. When the pasha opened the door in his robe, his wife called out: "What do they want from you?" "You are under arrest," one of the officers said. "You have half an hour to say goodbye. Please take only a few essentials with you."

Arresting 'Golden Boy'

At about the same time, a special task force paid a visit to Özden Örnek, 67. The retired commander-in-chief of the Turkish navy, a man who was considered highly talented from an early age, a high flyer his wife affectionately referred to as "Golden Boy," was worshipped like a demigod while in office. Even after going into retirement, Örnek was fond of wearing sparkling, white uniforms in public. The police officers took him into custody while he was having breakfast. "Excuse us, Admiral, but we must arrest you now," they said politely.

The charges against Firtina, Örnek, Dogan and 64 other retired and active senior officers who had been arrested throughout the country by last Friday are monstrous: Prosecutors in Istanbul claim that the suspects planned to blow up a popular mosque in the city and shoot down a Turkish fighter jet to provoke a military crisis with NATO partner Greece. Under Turkish criminal law the suspects, if found guilty of establishment of and membership in a terrorist organization, could face at least 15 years in prison.

Turkey has almost become accustomed to news like that. Images of raids and arrests of presumed conspirators against the government have been flickering across television screens for more than two years now. But in the most recent police operations on Monday and Friday, the targets were not, as in the past, obscure figures from the right-wing nationalist scene. This time investigators are taking on some of the highest-ranking generals of recent years, the self-proclaimed "guardians" of the legacy of Mustafa Kemal Atatürk, the founder of the modern Turkish state.

There have been four military coups in Turkey since 1960, and since the arrests many Turks have been wondering if the army would strike back. Had Prime Minister Recep Tayyip Erdogan gone too far?

Erdogan's Huge Self-Confidence

At the moment, however, it doesn't seem as if the government is the least bit intimidated by the army. Erdogan continues to rule the country unchallenged. In fact, it is more the army that seems nervous. When he heard of the arrests, the Turkish army's chief of staff, General Ilker Basbug, immediately canceled a trip to Egypt. Meanwhile, the prime minister, who was on a trip to Spain, remained cool. "The judiciary is doing its work," he commented.

In fact, so far Feb. 22 marks the culmination of a power struggle between the conservative Islamic Erdogan government and the secular military in Turkey, possibly even a preliminary victory for Erdogan. "The untouchables have been

touched!" the pro-government daily newspaper *Zaman* wrote in jubilation. "An operation without precedent in the history of the republic," the newspaper *Sabah* commented. Erdogan has so far managed to survive all attempts by the military and the courts to drive him out of office and is now in his strongest position in a long time.

The generals have been subdued. The fact that Basbug apologized to the prime minister two years ago when Erdogan's wife was denied entry to a military hospital because she was wearing a headscarf attests to a huge cultural turning point.

"Good news for Turkey, good news for democracy," says Istanbul journalist Mustafa Akyol, who points out that there is nothing more erroneous than the belief that the Turkish army was the guardian of democracy for decades. "The opposite is the case," says Akyol. "They deprived us of democracy."

The European Union, too, ought to be pleased. Hasn't it called upon the Turkish government for years to finally curtail the power of the military?

The Army Strikes Back

But if the Kemalist elite truly relented, it would be the first time in the history of the republic. In fact, retaliatory measures already seem to be taking shape. For months, the Kemalists in the judiciary system are believed to have been preparing for a new trial with the intention of banning Erdogan's Justice and Development Party (AKP), and Abdurrahman Yalcinkaya, 59, Turkey's chief public prosecutor, is making sure that the word gets around. "The parties can sense whether or not they will be banned," he predicted in early January.

Yalcinkaya was also the one who filed the first petition, in 2008, to deprive the AKP of its power. He described it at the time as a "center of anti-secular activities." His petition initially failed before Turkey's constitutional court, but this clearly has not deterred Yalcinkaya. The son of a Kurdish family from southeastern Turkey and the grandson of a sheikh in the devout Naqshbandi order, he is seen as Turkey's most principled lawyer. He also keeps a watchful eye on his adversary, Erdogan, at all times.

"The senior members of the judiciary are afraid that their representatives could also be taken away in handcuffs," says Mustafa Sentop, a law professor. For this reason, a new petition to ban the party would be a welcome means of reining in the AKP. It would be the latest in a long series of attempts by lawyers and military officials to force Erdogan out of office.

Since his historic victory in the 2002 parliamentary election, Erdogan, who is the son of a seaman from the working-class Istanbul neighborhood of Kasimpasa and sees himself as an enlightened Islamist, has been a thorn in the side of the traditional governing elite. The more Erdogan managed to convince the West of his democratic intentions, the more the Kemalist establishment hated him.

An Assault on Modern Turkey

For the generals, much of what Erdogan has done is nothing short of an assault on the foundations of modern Turkey. He eliminated the notorious state security courts, allowed the Kurds to use their own language, pledged to resolve the dispute with Greece over Cyprus, and even had a draft constitution written up that would subject the military to civilian control.

But what could the military do to turn the tide? The generals quickly recognized that the legal and political tools for removing Erdogan were limited and that attempting to acquire power the old-fashioned way was no longer an option these days. The reputation of the Turkish army was on the line. "The days when the army would stage a coup are gone," General Ilker Basbug conceded.

Nevertheless, a small, ultra-nationalist group, which included some very high-up decision-makers, thought about ways to undermine the popular government.

In March 2007, the magazine *Nokta* published the conspirators' alleged plans, in the form of the so-called "coup diaries" of Navy Commander Özden Örnek.

Örnek claims that these notes are not authentic, and he was temporarily released last Thursday. According to the coup diaries, the presumed leader of the conspiracy, General Dogan, who is still in custody and was indicted Friday evening, was supposedly planning a remake of the brutal military coup of 1980. The arrest and detention of tens of thousands of "enemies of the state" in football stadiums were as much a part of the plot as the formation of a puppet government. Dogan's alleged grim scenario even had a name: "Sledgehammer."

War Games

Another plan, dubbed "Cage," included murders of non-Muslim minorities. Bombs were to be detonated in Christian and Jewish neighborhoods of Istanbul, and businesspeople were to be kidnapped. The goal was to ensure that the blame would be assigned to Islamists, and that the resulting massive pressure from abroad would force the administration to step down.

Although a spokesman for the Turkish army did not deny the existence of the "Sledgehammer" document, he described it as a "war game" typical of the military. The pro-government newspaper *Zaman*, calling this a weak excuse, wrote: "This plan is much too good to be just a game. Operation 'Sledgehammer' is the most detailed coup plan in the history of Turkey." The Kemalists' response seemed rather helpless by comparison. A retired officer, who chose to remain anonymous, calls it an "audacious smear campaign against secular Turkey."

Sedat Ergin, a journalist with the high-circulation daily *Hürriyet*, expresses himself more cautiously, noting that it is much too early to distinguish between fact and fiction. "There are too many documents at the moment, and their authenticity still has to be checked."

The fact is, however, that the Turkish military is under great pressure to investigate the accusations against the alleged conspirators within its own ranks. It needs to make its position clear. Things are getting tight for General Basbug, who insisted until recently that the coup plans were fabricated. During a meeting with Erdogan and President Abdullah Gül which was called last Thursday in a bid to reduce "tensions," Basbug promised to clear things up.

Islamized Democracy?

It is surprising, however, that the enthusiasm over the arrests voiced in the pro-government press has not caught on elsewhere, neither with the Turkish population nor with Europeans. Could this be because many Turks and Europeans don't completely trust the prime minister? Is Erdogan, who is probably the most powerful prime minister in the history of the Turkish republic, truly a flawless democrat?

Not according to some Turks. "We are being put under pressure," complains one trade union secretary. "Nowadays, people are only joining the pro-government, religiously oriented unions." An attorney says: "The Justice Ministry is doing its best to seat its own people on the appeals court." And a teacher reports: "They are in all key positions. We have city administrations loyal to the AKP, governors loyal to the AKP, district administrators, school principals and police officers." The journalist Burak Bekdil, a prominent critic of Erdogan, wonders what kind of a democracy Turkey can be if only the military is being democratized, while the AKP's people are being installed in all other sections of society. "Is that an Islamized democracy?" he asks. Power belongs "in the hands of the people," Erdogan promised in a campaign speech a few years ago. He is of course right. But many Turks are now wondering which people he is referring to.

Armenian genocide resolution will boost Turkish hardliners, says expert



Deutsche Welle, 05.03.2010

Joost Lagendijk is a senior advisor at the Istanbul Policy Center. From 1998 to 2009 he was a member of the European Parliament for the Dutch Greens. Lagendijk chaired the EU-Turkey Joint Parliamentary Committee between 2004 and 2009.

Deutsche Welle: Turkey immediately recalled its ambassador from Washington in protest over the vote of the House Foreign Affairs Committee that labels Turkey's massacre of Armenians a genocide and warned of further negative consequences for US-Turkish relations. What other measures could Turkey take to protest against the resolution?

Joost Lagendijk: What has happened in the past, because we have been here before, is that Turkey threaten to stop cooperating with the US in Afghanistan or even went as far as threatening not to allow the Americans to use Turkish air bases which the Americans will have to do when they withdraw from Iraq. So there are all kinds of issues that the Turks could threaten to put pressure on the Americans.

The US also needs Turkey's support in the UN Security Council for tougher sanctions on Iran. Do you think that Turkey is in fact prepared to carry out all those threats?

In the case of Iran, it's the US putting pressure on Turkey. There are rumors that Obama might say to Turkey that he is willing to disregard the Foreign Affairs resolution if and when Turkey votes with the US in the Security Council in favor of sanctions against Iran. So there is pressure being exerted from both sides.

The US wants Turkey on its side on Iran and one way of doing that is saying if you vote with us, we will not do what the House committee wants us to do as has happened in the past. Threatening of course, that if Turkey doesn't vote with the US in the Security Council, Obama might go all the way and do what the Foreign Affairs Committee wants him to do.

The Obama administration is in a difficult situation regarding the genocide resolution. During his campaign Barack Obama said that as president he would recognize the genocide, but shortly before the vote the administration warned that the bill's passage could severely damage relations with an important NATO ally. As in the past, the White House could pressure the House Speaker to not send the resolution to the full House for a final vote. Do you think Obama should and could intervene like that?

I guess in the end he will because in the next couple of months the Obama administration will need Turkey mainly to organize a proper withdrawal from Iraq. The best and quickest way to do so is through Turkish airbases.

That is probably the reason why the Obama administration in the end will do what the Bush and Clinton administrations did, saying please don't take it to the floor, please don't vote on it in the full House because it could get us into trouble with Turkey. I guess they will as a result of serious arm-twisting by Turkey with its threats to withhold support from the American withdrawal from Iraq.

In the end, when Turkey votes with the US in the Security Council, I think Obama will decide not to push it and will ask the speaker of the House not to allow a full vote.

In most countries, the image of the US has improved dramatically since Barack Obama took office, but not in Turkey. Why is that and how will this vote effect Turkish feelings about the US?

It's true that in opinion polls one of the countries where the US is most unpopular is Turkey. It's pretty amazing the extent to which there is this anti-American feeling. Obama as a person is relatively popular, especially compared to his predecessor Mr. Bush of course, but the US as such is still quite unpopular. Most people think it has to do with the invasion of Iraq by the US. The fact that at that point in 2003 Turkey did not want to cooperate caused serious problems at that moment in time.

But it's hard to explain the extent to which this unpopularity remains and to be honest I haven't read any really satisfactory explanation apart from the invasion of Iraq. Compared to the popularity of the US 10 or 15 years ago, there is a quite dramatic change that still needs a proper explanation.

The Armenian genocide resolution is not new in Turkish-American relations, but comes up regularly in Congress. To an outsider, Turkey always seems very defensive and hard-line on the issue. It's parliament still hasn't ratified a peace accord with Armenia. Couldn't it take a lot of steam out of the issue, if it was perceived as more proactive and open about reconciliation with Armenia?

Definitely. I agree with those who criticize Turkey for slowing down this whole process that they started themselves with Armenia last year. The Turkish government signed with the Armenian government these protocols that would establish normal diplomatic ties, that would open the borders and, what is important for the current issue, would set up a committee of historians to look into the tragic events of 1915 to establish what really happened. Had those protocols been ratified already by the Turkish parliament, I am sure that we wouldn't be in the situation that we are in now. So yes, it's true the Turkish government should have pushed more and should have used its majority in the Turkish parliament to go for ratification.

Unfortunately, there is a traditional link now made by the government between ratifying these protocols and solving the Nagorno-Karabach issue (disputed region in Azerbaijan, populated mainly by ethnic Armenians - ed.).

I think it's an unhealthy link and I hope that this situation will also bring some more pressure on Turkey to be more forthcoming. If these protocols had been signed, the relations between Turkey and Armenia would have improved, and I am almost sure that the Foreign Affairs Committee in the House of Representatives would not have voted on a resolution like this.

**Es geht nicht allein um Geschichte
Warum sich die Türkei vehement gegen den Völkermord-Vorwurf wehrt.**



Der Tagesspiegel, 06.03.2010

Bei aller gerechtfertigten Empörung über die langjährige Tendenz in der Türkei, die Massaker an den Armeniern im Jahr 1915 als kriegsbedingte Tragödie und damit gewissermaßen als Unfall schönzureden: Eine ehrliche Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte kann den Türken nicht durch Parlamentsbeschlüsse von außen verordnet werden.

Wenn westliche Politiker den türkischen Völkermord an den Armeniern anprangern wie jetzt die Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus, folgen sie moralischen Maßstäben. Die Türkei soll sich ihrer Geschichte stellen. Das ist eine nachvollziehbare Haltung, doch politisch wird möglicherweise das Gegenteil vom Gewollten erreicht. Die Debatte über die Armenierfrage in der Türkei könnte abgewürgt, die Aussöhnung zwischen Türkei und Armenien auf Regierungsebene gestoppt werden.

Erst seit einigen Jahren kann in der Türkei einigermaßen frei über die Frage diskutiert werden, ob die Massaker des Jahres 1915 den ersten Völkermord der modernen Zeit darstellten oder nicht. Das mag aus westlicher Sicht zu zaghaft sein – für die Türkei ist allein das Zustandekommen der Debatte ein großer Fortschritt.

Die Armenierfrage wiederum ist für die Türkei nicht allein deshalb besonders sensibel, weil sich kein Land gerne eines Genozids bezichtigen lässt. Sondern das Thema erschüttert das seit Generationen vom Staat genährte Selbstverständnis der Türkei als Land der Guten und Aufrechten. In der offiziellen türkischen Geschichtsschreibung gibt es keine dunklen Flecken.

Diese Tradition bildet eine hohe Hürde für eine ehrliche Aufarbeitung grausamer Verbrechen. Noch komplizierter wird die Lage dadurch, dass die christlichen Armenier in der offiziellen türkischen Haltung als undankbare Untertanen des toleranten Osmanischen Reiches dargestellt werden. Weil die Armenier im Ersten Weltkrieg die anrückenden russischen Truppen unterstützten, habe die osmanische Regierung sie umsiedeln wollen, lautet das Argument für die Deportationen. Radikale türkische Nationalisten sehen die Armenier bis heute als potenzielle Agenten des feindlichen Auslands.

Umso bemerkenswerter ist, dass es in der Türkei gelungen ist, eine Diskussion über die Ereignisse von 1915 in Gang zu bringen. Diese Diskussion entstand in der türkischen Gesellschaft selbst und wurde nicht von außen vorgegeben. Das durch die EU-Reformen freier gewordene gesellschaftlichere Klima ermöglichte es der Regierung in Ankara auch, im vergangenen Jahr die

Grundsatzvereinbarungen mit Armenien zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen und zur Öffnung der geschlossenen Grenze zu unterzeichnen.

In beiden Ländern war dieses Aussöhnungswerk bereits vor der Abstimmung im US-Kongress heftig umstritten. Nun dürfte es auf absehbare Zeit in den Schubladen verschwinden. Nationalisten in beiden Ländern werden weniger Grund denn je sehen, auf die jeweilige Gegenseite zuzugehen. Dagegen wird es für das Reformlager in der Türkei schwieriger, für eine Verständigung einzutreten.

SADECE TARİH SÖZ KONUSU DEĞİL

Türkiye'de uzun yıllardır 1915 yılındaki Ermeni katliamının savaş koşullarında yaşanan bir trajedi ve dolayısıyla adete bir kazaymış gibi yansıtılmaya çalışılmasına yönelik eğilime haklı olarak öfkelenilmesine rağmen, Türklerin kendi tarihleriyle dürüst bir şekilde yüzleşmeleri, yabancı ülke parlamentoları tarafından dikte edilemez.

Tıpkı şimdi ABD Temsilciler Meclisi milletvekillerinin yaptığı gibi, şayet Batılı politikacılar Türklerin Ermenilere yönelik soykırımını kınıyor ise bunu ahlaki ölçüler doğrultusunda yapıyorlar. Türkiye'nin tarihiyle yüzleşmesi talebi anlaşılan bir tutum olmakla birlikte, muhtemelen siyasi açıdan istenilenin tersi bir etki yaratarak Türkiye'deki, Ermeni meselesine ilişkin tartışmanın tıkanmasına, Ermenistan ile Türkiye arasında hükûmetler düzeyindeki barışma sürecinin duraksamasına neden olabilir.

Türkiye'de, 1915 katliamının modern dönemin ilk soykırımı olup olmadığı sorusu daha birkaç yıldan beri serbestçe tartışılabilmektedir. Bu, Batılılara göre ürkekçe olabilir ancak Türkiye için bu tartışmanın yapılabilmesi bile büyük bir ilerlemedir.

Ermeni meselesinin Türkiye'de bu denli hassas olmasının tek nedeni, sadece hiçbir ülkenin soykırım ile itham edilmekten hoşlanmaması değildir. Bu konu, nesiller boyunca devlet tarafından beslenen, Türkiye'nin iyilerin ve dürüstlerin ülkesi olduğu şeklindeki özgüveni sarsmaktadır. Resmî Türk yazılımında kara lekeler yoktur.

Bu gelenek, acımasız katliamla dürüst bir şekilde yüzleşilmesini engellemektedir. Bu durum Türklerin resmî tarih yazılımında Hristiyan Ermenileri hoşgörülü Osmanlı İmparatorluğu'nun nankör tebası olarak yansıtılmalarıyla daha da karmaşıklılaşıyor. Zira, Ermenilerin Rus birliklerine destek vermeleri neticesinde Osmanlı hükûmeti tarafından başka bir bölgeye nakledilmeleri tehciye gerekçe olarak gösteriliyor. Radikal Türk milliyetçileri, Ermenileri bugüne değin düşman yabancı devletlerin ajanları olarak görüyorlar.

Türkiye'de 1915'de yaşanan olaylarla ilgili bir tartışma başlatılmış olabilmesi bu yüzden, çok önemli bir gelişmedir. Bu tartışma Türk toplumu içinde kendiliğinden başlamış ve dışardan empoze edilmemiştir. AB reformları sayesinde özgürleşen toplumsal atmosfer, Ankara'daki hükûmetin de

geçtiğimiz yıl Ermenistan'la diplomatik ilişkilerin başlatılmasına ve kapalı sınırların açılmasına ilişkin bir temel anlaşma yapmasını mümkün kılmıştır.

İki ülkede de bu barış eseri, daha ABD Kongresindeki oylama öncesinde şiddetli tartışmalara neden olmuştu. Şimdi ise görünür bir gelecekte çekmecelerde kaybolması bekleniyor. İki ülke milliyetçileri de birbirlerine yakınlaşmak için az neden görecektlerdir. Buna karşın Türkiye'deki reform kanadı için, anlayıştan yana girişimde bulunmak zorlaşacaktır.

Erdbeben in der Türkei "Kein Stein mehr auf dem anderen"

Frankfurter Rundschau
FR-online.de

Frankfurter Rundschau, 09.03.2010

Das nächste Erdbeben - diesmal hat es die Menschen in Ostanatolien heimgesucht. Mindestens 51 Todesopfer sind zu beklagen. Türkische Forscher hatten das Unglück bereits erwartet.

Am Montag um 4.32 Uhr ist es für die Menschen in der osttürkischen Provinz Elazığ mit der Nachtruhe vorbei: Dumpfes Grollen aus der Tiefe kündigt die nahende Katastrophe an. Dann beginnen Böden und Decken zu zittern, die Wände schwanken, immer heftiger rüttelt das Beben an den Gebäuden. "Es dauerte eine Ewigkeit", berichtete der Rentner Akal Tasan im Fernsehen. Wie vielen anderen gelang es ihm gerade rechtzeitig, aus seiner schwankenden Wohnung ins Freie zu fliehen, bevor das Beben Wände und Decken in einer gewaltigen Staubwolke einstürzen ließ. Jetzt ist von dem einstöckigen Haus nur noch ein Schutthaufen übrig.

Nicht alle hatten so viel Glück im Unglück wie Akal Tasan: Viele Menschen verletzten sich beim Sprung aus Fenstern und von Balkonen. Und viele begrub das Beben unter den Trümmern ihrer Häuser. Am Montagnachmittag bezifferten die Behörden die Zahl der Toten auf 51, etwa weitere 50 Menschen wurden verletzt geborgen. Die Suche nach weiteren Verschütteten sei eingestellt worden, sagte der Gouverneur der Provinz Elazığ, Muammer Erol am Spätnachmittag: "Es gibt keine Opfer mehr in den Trümmern."

Die Seismologen der Kadilli-Erdbebenwarte der Istanbuler Bosphorus-Universität maßen ein Beben der Stärke 6,0. Moderne sogenannte erdbebenresistente Gebäude können solchen Erschütterungen standhalten - aber nicht die in Ostanatolien üblichen Bauten aus Ziegeln, Holzbalken und Lehm. Selbst wo Beton und Zement verbaut werden, handelt es sich oft um minderwertige Qualität.

In mehreren Ortschaften seien auch die Minarette der Moscheen eingestürzt, sagte Gouverneur Erol. Am größten sind die Zerstörungen in den Dörfern

Okcular, wo die meisten Toten zu beklagen waren, Yukari Kanatli und Kayatli. "Unser Dorf ist vollkommen zerstört", sagte der Gemeindevorsteher von Okcular, Hasan Demirdag, dem Fernsehsender NTV. Viele Lehmhäuser seien regelrecht zu Staub zerfallen, berichteten Augenzeugen.

Verwüstet auch das Nachbardorf Yukari Kanatli: "Hier steht kein Stein mehr auf dem anderen", sagte der Ortsvorsteher Yadin Apaydin im Nachrichtensender CNN Türk. Während die Retter nach Verschütteten suchten und die Männer der Hilfsorganisation Roter Halbmond Zelte für die Obdachlosen und Feldküchen aufbauten, erschütterten immer wieder Nachbeben die Region. Mehr als 60 Erdstöße wurden bis zum Spätnachmittag gemessen, der heftigste erreichte Stärke 4,1.

Mustafa Erdik, der Direktor des Kandilli-Observatoriums und einer der angesehensten Erdbebenexperten des Landes, sprach von einem "wirklich schweren Beben" und warnte die Menschen vor der Rückkehr in beschädigte Gebäude: Die Nachbeben, die noch mehrere Tage anhalten werden, könnten sie zum Einsturz bringen.

Auch in den Nachbarprovinzen Tunceli, Bingöl und Diyarbakir trieb das Beben viele Menschen in Panik auf die Straßen. Vizepremier Cemil Cicek und mehrere Minister kamen aus Ankara ins Katastrophengebiet.

Ministerpräsident Tayyip Erdogan sprach den Hinterbliebenen sein Mitgefühl aus und sicherte den Obdachlosen neue, erdbebensichere Häuser zu. Bis dahin müssen sich die Überlebenden auf lange Monate in Zelten und Containern einstellen. Am Montagnachmittag bereiteten sich die Menschen auf eine kühle, feuchte Nacht im Freien vor: Die Wettervorhersage kündigte für die Katastrophenregion Regenschauer und Temperaturen um acht Grad an.

TAŞ ÜSTÜNDE TAŞ KALMADI

Pazartesi sabahı saat 4.32'de, Elazığ'daki insanlar için gece sükûneti sona ermişti. Derinden gelen boğuk uğultu, yaklaşan felaketin habercisiydi. Sonra yer ve tavanlar sarsılmaya, duvarlar sallanmaya başladı. Deprem gitgide daha şiddetli bir hâl aldı. Emekli Akal Taştan, televizyona yaptığı açıklamada, "Çok uzun sürdü." diye konuştu. Çok sayıda insanın yaptığı gibi o da deprem, binayı bir toz bulutu içinde çökertmeden önce sallanan evinden zamanında dışarıya kaçmayı başarmıştı. Şimdi bir katlı evinden geriye bir moloz yığını kaldı.

Herkes Akal Taştan kadar şanslı değildi. İnsanların çoğu pencere ve balkonlardan dışarıya atlamaya çalışırken yaralandı. Ve deprem, birçoğunu evlerinin enkazı altına gömdü. Pazartesi öğleden sonra, resmî makamlarca açıklanan rakamlara göre, ölü sayısı 51, yaralı sayısı 50 idi. Elazığ Valisi Muammer Erol, öğleden sonra yaptığı açıklamada, enkaz altında canlı arama çalışmalarına son verildiğini söyleyerek, "Enkaz altında kimse kalmadı." diye konuştu.

Kandilli Rasathanesindeki sismologlar, depremin şiddetini 6.0 olarak ölçtü. Modern, depreme dayanıklı binalar bu şiddette bir depremden etkilenmez ancak Doğu Anadolu'da, alışagelindiği üzere kerpiç, tuğla ve tahtadan yapılan evler depreme dayanamaz. Beton ve çimentoyla yapılsalar bile genelde kalite düşük oluyor. Vali Erol, çok sayıda yerleşim yerinde cami minarelerinin de yıkıldığını açıkladı. En büyük hasar, en çok ölünün olduğu Okçular köyü ile Yukarı Kanatlı ve Kayatlı'da yaşandı. Okçular Muhtarı Hasan Demirdağ, NTV'ye yaptığı açıklamada, "Köyümüz tamamen yerle bir oldu." dedi. Görgü tanıkları çok sayıda kerpiç evin moloz yığınına döndüğünü söyledi.

Komşu köy Yukarı Kanatlı da yerle bir oldu. Muhtar Yakup Apaydın, CNN-Türk televizyonuna "Burada taş üstünde taş kalmadı." açıklamasını yaptı. Kurtarma ekipleri, enkaz altında canlı ararken ve Kızılay görevlileri evsiz kalanlar için çadır ve seyyar mutfak kurarken bölge artçı depremlerle sarsılmaya devam ediyordu. Öğleden sonra geç saatlere kadar en şiddetlisi 4.1 olmak üzere 60 artçı deprem sayıldı. Kandilli Rasathanesi Müdürü ve ülkenin saygın deprem uzmanlarından Mustafa Erdik, gerçekten ağır bir deprem yaşandığı ve evlere geri dönülmemesi konusunda uyararak artçı depremin binaları yıkılabileceğini söyledi.

Deprem, komşu iller Tunceli, Bingöl ve Diyarbakır'da da insanların panikleyerek sokağa kaçmasına neden oldu. Başbakan Yardımcısı Cemil Çiçek ve çok sayıda bakan, felaket bölgesine geldi. Başbakan Erdoğan, geri kalanlara taziyelerini ileterek evsizlere depreme dayanıklı evler yapılacağı sözü verdi. Uzmanlar bunu yıllardan beri talep ediyor. Ancak yeni binalar yapılmıyaya kadar, hayatta kalanların aylar boyunca çadır ve konteynırlarda yaşamaya alışmaları gerekecek. Sabah'ın internet sayısında zihniyet değişimi çağrısında bulunan deprem uzmanı Ahmet Mete Işıkara, "Artık depremle yaşamayı öğrenmeliyiz. Öldüren deprem değil, çöken binalardır." diye yazdı.

Tehlikeli Bölgede Yaşamak

Geçtiğimiz 110 yıl içinde Türkiye'de gerçekleşen depremlerde 86 bin kişi öldü. Ülkenin yüzde 96'sı tehlikeli deprem bölgesi olarak tescilli. Küçük Asya, sürekli aktif olan fay hatlarının kesişme noktasında bulunuyor. Burada Afrika ile Avrasya fay hatları birbirine sürtüyor. Yüzlerce hat, Anadolu'nun bir ucundan diğerine uzanıyor.

Türkiye'nin yakın tarihindeki en ağır deprem 1939 yılında Doğu Anadolu'daki Erzincan ilinde yaşandı. Bu depremde 30 bin kişi öldü. 1999 yılının yazında endüstri bölgesi İzmit civarında yaşanan depremde 18 bin kişi öldü.

Bir sonraki büyük depremin İstanbul'da olması bekleniyor. Metropoldeki 15 milyon insanı bekleyen tehlike, bilim adamlarına göre fay hatlarında yüksek gerilim ölçülen Marmara Denizi'nin altında yatıyor. Şubat ayında Başbakanlık Afet ve Acil Durum Yönetimi Başkanlığı Deprem Dairesi tarafından yapılan bir araştırma sonucunda, Başbakana İstanbul'da 32 bin insanın ölebileceği uyarısı yapıldı. Diğer uzmanlar ise 100 bin insanın ölebileceğinden endişe duyuyor.

Zurück zu den Wurzeln



Tageszeitung, 11.03.2010

Deutsche mit türkischen Wurzeln suchen ihr privates Glück oder beruflichen Erfolg in Istanbul. Einen Stammtisch haben sie auch - im Ausgehbezirk Beyoglu.

ISTANBUL taz | Der Mann sieht aus wie das Klischee eines Deutschen, groß und blond. Nur sein Name irritiert. Kaya Gönencer ist Wirtschaftsanwalt und lebt seit einigen Monaten in Istanbul. Er ist zum ersten Mal bei einem Treffen dabei, das sich "Rückkehrer-Stammtisch" nennt. Ist Kaya Gönencer also ein Rückkehrer? "Das kann man so nicht sagen", meint er und lacht freundlich. "Ich habe ja vorher nie in der Türkei gelebt. Mein Vater kommt aus der Türkei, aber meine Mutter ist Deutsche."

Kaya Gönencer hat lange Jahre in Berlin gelebt und gearbeitet. Jetzt ist er nach Istanbul gekommen, weil er die Herausforderung sucht. Und weil für ihn als Wirtschaftsanwalt, mit seinen sprachlichen, fachlichen und kulturellen Kompetenzen, Istanbul ein idealer Standort ist. "Ich bin Mitarbeiter in einer renommierten Kanzlei und betreue hauptsächlich deutsche Firmen, die sich in der Türkei engagieren oder noch engagieren wollen.". Der Bedarf für Leute wie Gönencer ist groß. Rund 4.000 deutsche Firmen sind mittlerweile in der Türkei aktiv, von den ganz Großen bis hin zu mittelständischen Unternehmen und kleinen Start-ups, die hier in den letzten Jahren ihr Glück versucht haben.

Gönencer passt gut in die Runde, die sich an einem Februarabend im Istanbul Ausgehbezirk Beyoglu trifft. Das Wort Stammtisch weckt dabei falsche Assoziationen, das Treffen hat nichts mit deutscher Bierseligkeit zu tun. Mit dem Aufzug fährt man in den sechsten Stock eines Neubaus am repräsentativen Mesrutiyet-Platz, wo ein Stockwerk höher eine Roof-Bar mit grandiosem Blick aufs Goldene Horn auf Gäste wartet. Rund 50 Leute tummeln sich in zwangloser Geselligkeit, sie quatschen, trinken Tee, Bier, Wein oder Cocktails und machen Kontakte untereinander. Mehr Stehparty als Stammtisch.

Ins Leben gerufen haben diese Treffen drei deutschtürkische Frauen vor knapp vier Jahren. Eine von ihnen ist Cigdem Akkaya, die sich bis heute um die Organisation der Abende kümmert. Akkaya ist vor einigen Jahren aus Deutschland zurückgekommen, weil sie Lust hatte, nach vielen anstrengenden Jahren in Essen wieder in Istanbul zu leben. Sie war stellvertretende Leiterin des Essener Zentrums für Türkeistudien, hat sich also jahrelang wissenschaftlich mit der Situation der Türken in Deutschland befasst. In Istanbul hat sie dann eine Consulting-Agentur gegründet, die mit Medienarbeit, Veranstaltungsorganisation und Betreuung von Reisegruppen ihr Geld verdient. Auf die Idee mit dem Stammtisch kam Akkaya, als bei der

Organisation einer Veranstaltung im Dedeman-Hotel zunächst alles schief lief. Das türkische Management im Hotel war nicht darauf vorbereitet, eine Veranstaltung durchzuführen, die den Erwartungen deutscher Geschäftsleute entsprach. Das klappte erst, als die PR-Managerin Bilur Öncü, auch eine Deutschtürkin, dazukam. "Wir haben uns sofort verstanden. Unsere Erfahrungen, der ganze kommunikative und soziale Code, es war alles dasselbe."

"Wir haben uns danach überlegt, ein Treffen zu machen, um mehr Deutschtürken zusammenzubringen. Wir sind nun mal eine Gruppe für sich, ein gutes Netzwerk untereinander ist deshalb wichtig. Mit gleichgesinnten Leuten kann man auch besser arbeiten", sagt Cigdem Akkaya. Zum ersten Treffen kamen zwölf Leute. Seitdem gibt es jeden Monat einmal eine Zusammenkunft. Das Interesse ist groß, es kommen immer mehr "Rückkehrer" zum Stammtisch, oft sind es fünfzig Leute und mehr.

"In der Regel", erzählt Cigdem Akkaya, laden wir jedes Mal einen besonderen Gast ein, der einen kleinen Vortrag hält, über den wir anschließend diskutieren. Da kommt dann die neue deutsche Generalkonsulin in Istanbul vorbei, oder eine Autorin stellt ein Buch über deutsche Exilwissenschaftler vor, die auf der Flucht vor den Nazis in die Türkei geflohen waren. "Es gibt aber auch Vorträge, die speziell uns interessierende Fragen thematisieren. Da geht es dann meist darum, wie man hier am besten klarkommt."

Erfahrungsaustausch ist einer der Hauptgründe für die Treffen. Canan Arslan hat viel zu erzählen. Sie ist eine Rückkehrerin im klassischen Sinne. Zusammen mit ihren Eltern ging sie in den 1980er-Jahren in die Türkei zurück, als die damalige Regierung Kohl das "Gastarbeiterproblem" noch damit lösen wollte, dass sie Prämien für Rückkehrer auslobte. Doch obwohl Arslan nun schon seit 25 Jahren wieder in der Türkei lebt, ist sie für ihre türkische Umgebung doch "Deutschländerin" geblieben. "Ich bin eben bis heute durch meine Kindheit in Deutschland geprägt", erzählt sie. Sie arbeitet in einer deutschen Firma in Istanbul und hat den Kontakt nach Deutschland nie abreißen lassen. Zum Stammtisch kommt sie regelmäßig, weil sie sich hier mit Leuten austauschen kann, "aber vor allem, weil es Spaß macht und man neue Leute kennen lernt".

Anders als Canan Arslan ist der größte Teil der Gäste an diesem Abend erst innerhalb der letzten fünf Jahre nach Istanbul gekommen. So wie Ertan Dal, ein Selfmademan aus Zürich. Schon in jungen Jahren war er Ende der 1990er am globalen Hype um IT-Firmen mit einer eigenen Klitsche in Zürich beteiligt. "Es lief eigentlich bis zuletzt ganz gut", erzählt er, ich hab mich auch in Zürich wohlfühlt. Ertan ist im Schwitterdütschen genauso zu Hause wie im Hochdeutschen, Integrationsprobleme hatte er nicht. "Trotzdem hatte ich irgendwann das Gefühl, ich müsste einmal zurück zu meinen Wurzeln." Er brach seine Zelte in Zürich ab, ging nach Istanbul und landete in der Immobilienbranche. "Läuft gut in Istanbul", meint er, "ich kann nicht klagen."

Geradezu euphorisch klingt Aslihan Kiratli. Die junge Frau ist erst vor kurzem aus Köln nach Istanbul gekommen. Als Kind war sie mit ihren Eltern an den

Rhein gezogen. "Aber ich hatte immer Sehnsucht nach Istanbul", sagt Kiratli. Sie hat in Köln Abitur gemacht und anschließend studiert, doch die Jobsuche für Menschen, die "Kiratli" heißen, ist eben in Deutschland nach wie vor sehr viel schwieriger als für "Müllers" oder "Heinzes". Doch sie ist nicht nur nach Istanbul gekommen, weil sie Schwierigkeiten hatte, in Köln einen Job zu finden. "Ich habe mir meinen Traum erfüllt. Ich wollte nicht wie die Generation meiner Eltern damit warten, bis ich in Rente gehe."

Auf die Frage, ob es nicht gerade für junge emanzipierte Frauen wie sie in Istanbul viel schwieriger ist als in Köln, zuckt sie die Schultern. "Man darf sich nicht einschränken lassen. Man muss sich seine Rechte hier genauso nehmen." Es sind zumeist Leute wie Kiratli, Gönencer und Dal, die sich in den letzten Jahren aus Deutschland, der Schweiz oder Österreich aufgemacht haben, um in Istanbul ein neues Leben zu suchen. Sie sind gut ausgebildet und in beiden Sprachen und Kulturen zu Hause. Wenn man die deutsche Debatte über Integration verfolgt und die dort immer wieder auftauchenden Schlagworte ernst nimmt, müssten diese Kinder oder Enkel von Einwanderern eigentlich Musterexemplare integrierter Deutschtürken sein. Dennoch hatten sie keine Lust mehr auf Deutschland.

Warum nur? Eine Antwort über den Einzelfall hinaus liefert eine Studie, die im November letzten Jahres in Berlin veröffentlicht wurde. Die Meinungsforschungsinstitute Info GmbH aus Berlin und Lijeborg Research International aus Antalya haben eine internationale Vergleichsstudie über deutsch-türkische Wertewelten durchgeführt und dazu jeweils Deutsche, Deutschtürken und Türken in der Türkei befragt. Von den befragten Deutschtürken waren 30 Prozent in Deutschland geboren, ein weiteres Drittel lebte bereits seit mehr als 30 Jahren in Deutschland. Trotzdem betrachteten nur 21 Prozent von ihnen Deutschland als ihre Heimat.

"Ich hatte die Integrationsdebatten, den ständigen Rechtfertigungsdruck und die Ignoranz der Leute einfach satt", sagt Cigdem Akkaya stellvertretend für viele, die sich dafür entschieden haben, ihren Lebensmittelpunkt lieber nach Istanbul zu verlegen. Möglich wurde das auch durch die rasante Entwicklung, die die Metropole am Bosphorus im letzten Jahrzehnt absolviert hat. Hohe Wachstumsraten und eine immer stärkere Vernetzung der Türkei mit der globalen Wirtschaft haben erst die Nachfrage für Leute geschaffen, die gut qualifiziert aus Deutschland nach Istanbul kommen.

Durch die vielen deutschen Firmen in der Türkei, von denen die meisten in Istanbul ihren Sitz haben, ist ein Arbeitsmarkt entstanden, der für Deutschtürken mit entsprechender Qualifikation wie geschaffen ist. Sie sind als Berater und Dienstleister, die sich in beiden Welten gut bewegen können, gefragt.

Aber vermissen sie Deutschland nicht? "Natürlich", sagt Akkaya. "Aber wir haben gelernt, uns aus beiden Kulturen das Beste herauszusuchen." Aus den politischen Auseinandersetzungen in der Türkei halten die meisten sich raus. "Sie sind jung und interessieren sich nicht sehr für Politik", hat Cigdem Akkaya beobachtet. Außerdem haben sich die meisten in einer Umgebung

eingerichtet, die ihre persönliche Freiheit nicht einschränkt. Frauen mit Kopftüchern sind unter den Gästen nicht zu sehen.

Aslihan Kiratli demonstriert an jenem Abend, was sie mit Freiheit in Istanbul verbindet. Während die Deutschen im Raum noch angestrengt diskutieren, schnappt sie sich ein Mikrofon und legt aus dem Stand eine bühnenreife Gesangsnummer hin. Im Wechsel zwischen englischen und türkischen Songs - deutsche Folklore ist tabu für sie - bringt sie den Saal innerhalb weniger Minuten dazu, die Tische beiseite zu schieben und zu tanzen. "Das Leben ist einfach leichter hier", sagt sie zwischen zwei Liedern.

KÖKLERE GERİ DÖNÜŞ

Uzun boylu ve sarışın olduğu için tipik bir Alman'ı andırıyor sadece ismi kafa karıştırıyor. Kaya Gönençer, avukat ve birkaç aydan beri İstanbul'da yaşıyor. "Geri Dönerler" adlı grubun toplantısına bugün ilk kez katılıyor. Peki, Kaya Gönençer bir geri döner mi? "Hayır" diyor kendisi ve gülerek ekliyor: "Daha öncesinde hiç Türkiye'de yaşamadım. Babam Türkiye'den gelme, ama annem Alman."

Uzun yıllar Berlin'de yaşayıp çalışan Gönençer şimdi, ekonomi hukuku avukatı olarak dil, uzmanlık ve kültürel yetenekleri açısından kendisi için ideal bir yer olan İstanbul'da. Gönençer, tanınmış bir avukatlık bürosu adına Türkiye'de angaje olan Alman şirketlerinin sorunlarıyla ilgileniyor. Yaklaşık 4000 Alman şirketinin faaliyet gösterdiği Türkiye'de Gönençer gibi insanlara ihtiyaç büyük.

Yaklaşık 50 kişiden oluşan "Geri Dönerler" grubu, Almanya'dan dört yıl önce gelen üç Almanyalı Türk tarafından kuruldu. Türkiye Araştırmalar Merkezi Başkan Yardımcısı Çiğdem Akkaya, Essen'de uzun yıllar boyunca Almanya'daki Türklerin durumuna ilişkin bilimsel araştırmalar yaptığı stresli yaşantısından sonra İstanbul'a dönerek burada, medya alanında çalışmalarda bulunan, çeşitli etkinlikleri organize eden ve seyahat gruplarına eşlik eden bir Consulting Ajansı kurdu. Yine Almanya'dan döner PR-menejeri Billur Öncü ile birlikte Almanyalı Türkleri bir araya getiren bir buluşma organize ettiler. İlk buluşmaya 12 kişi katıldı. O dönemden beri her ay bir kez yapılan buluşmaya ilgi büyük olup katılımcı sayısı da gitgide artıyor.

Çiğdem Akkaya, genelde her defasında ilginç bir konuk davet ettiklerini ve daha sonra bu konuğun yaptığı konuşma hakkında tartıştıklarını söylüyor. Bu konuk, bazen yeni bir Alman konsolosu ya da Nazi Almanya'sından Türkiye'ye kaçan Almanlarla ilgili yeni kitabını tanıtmak isteyen bir yazar olabiliyor. Ancak bizzat kendilerini ilgilendiren, İstanbul'da yaşanan tecrübeler de konuşuluyor.

Buluşmanın ana nedenlerinden biri de zaten tecrübe alışverişi. Örneğin Canan Arslan, 1980 yılında ailesiyle birlikte Türkiye'ye geri dönmüş. 25 yıldır Türkiye'de yaşamasına rağmen hâlâ bir "Almancı" muamelesi gören Arslan, İstanbul'da bir Alman şirketinde çalışıyor. Hiçbir şekilde uyum sorunu

yaşamayan ve İsviçre'de başarılı bir çalışma hayatı olan Ertan Dal ise günün birinde kökenine geri dönmesi gerektiği hissiyle beş yıl önce Zürih'ten İstanbul'a gelerek emlak sektöründe çalışmaya başlamış. Kısa bir süre önce Köln'den İstanbul'a gelen Aslıhan Kıratlı, daha bir çocukken Almanya'ya gitmesine rağmen hep İstanbul'un özlemini çekenlerden. Köln'de liseyi bitiren ve yüksek öğrenimini tamamlayan Kıratlı, ismi yabancı olduğu için iş bulamayanlardan. Ancak İstanbul'a sadece iş bulamadığı için değil, hayalini gerçekleştirmek için geldiğini söylüyor.

Kıratlı, Gönençer, Dal gibi son yıllarda İstanbul'da yeni bir hayata başlamak için Avrupa'yı terk edenler, genelde iyi eğitim almış, her iki dile ve kültüre hâkim insanlar. Almanya'daki uyum tartışmalarına kulak verildiğinde, esasen göçmenleri çocukları ya da torunları olan bu gençlerin uyum sağlamış göçmenlere örnek olarak gösterilmeleri gerekirdi. Ancak onlar buna rağmen artık Almanya'da yaşamak istemiyorlar.

Peki neden? Bu sorunun cevabını geçen yılın kasım ayında Berlin'de açıklanan bir araştırma veriyor. Info GmbH Berlin ile Lijeberg Research International adındaki araştırma kuruluşları tarafından yapılan, Almanların, Almanyalı Türklerin ve Türkiyeli Türklerin katıldığı Türk-Alman değerler dünyasının kıyaslandığı araştırmadan çıkan sonuç, katılımcıların yüzde 30'u Almanya'da doğup büyümüş ya da 30 yılı aşkın bir süredir Almanya'da yaşıyor olmalarına rağmen sadece yüzde 21'inin Almanya'yı vatanı olarak gördüğü yönündeydi.

Çiğdem Akkaya, İstanbul'da yaşamayı tercih edenlerin bir çoğu adına, "uyum tartışmalarından, sürekli haklılığımızı kanıtlama baskısından ve insanların görmezden gelmesinden bıkmıştım." diyor. Tüm bunlar, Boğaz'daki metropolün son on yılda kaydettiği hızlı gelişme sayesinde mümkün oldu. Yüksek büyüme oranları ve Türkiye'nin küresel dünya ile bağlantılarının gitgide artması İstanbul'da Almanya'dan gelen kalifiye elemana olan talebi artırdı.

Birçoğunun merkezi İstanbul'da olan Türkiye'deki çok sayıda Alman şirketi sayesinde kalifiye Almanyalı Türkler için bir piyasa oluştu. Danışman ve hizmet sunucu olarak her iki dünyada da başarılı olan bu kesime ihtiyaç duyuluyor.

Turkey recalls ambassador after Sweden labels Armenian massacre 'genocide'



Deutsche Welle, 12.03.2010

Turkey has recalled its ambassador and cancelled an upcoming bilateral summit after the Swedish parliament adopted a resolution calling the slaughter of more than a million Armenians by the Ottomans an act of genocide.

Turkey has recalled its ambassador to Sweden and cancelled the visit of its prime minister in response to a Swedish parliamentary resolution stating that the World War I massacre of more than a million Armenians and other minorities by the Ottomans was genocide.

The developments come a week after Ankara called home its ambassador to the United States because a congressional committee approved a similar resolution.

Regret over decision

Swedish Foreign Minister Carl Bildt, who reaffirmed his support for Turkey to enter the European Union, said that he regretted the decision after members of the ruling center-right coalition voted with the red-green opposition. The resolution was passed by just one vote, with 131 delegates in favor.

"We think it is a mistake to politicize history," Bildt wrote in a blog from Copenhagen, where he is attending a summit of Nordic leaders.

Armenians claim that as many as 1.5 million of their people were massacred during the war in a planned extermination campaign by their Ottoman rulers in Turkey.

Turkey contests the accusations of genocide, arguing that up to 500,000 Armenians died when they sided with invading Russian forces in a bid for independence. Ankara claims that at least as many Turks died in the carnage.

"We strongly condemn this resolution, which is made for political calculations," Turkish Prime Minister Tayyip Erdogan said in a statement that confirmed the cancellation of the Turkey-Sweden summit.

"It does not correspond to the close friendship of our two nations," said Erdogan. "We are recalling our ambassador for consultations."

Zeils Drahtseilakt am Bosphorus



Die Welt, 15.03.2010

Eröffnung des Bayern-Büros in Istanbul birgt Krisenpotential für die Koalition

Die Türkei ist ein großes Land - doch Wirtschaftsminister Martin Zeil steht bei seinem Besuch am Bosphorus in dieser Woche vor einer Gratwanderung. In Istanbul wird der FDP-Politiker die 21. bayerische Auslandsvertretung eröffnen. Dabei steht er unter argwöhnischer Beobachtung durch die CSU.

Denn die Türkei ist Streitthema zwischen beiden Koalitionspartnern, weil die CSU einen EU-Beitritt der Türkei ablehnt. Erst Anfang des Jahres gab es während des Türkei-Besuchs von Außenminister Guido Westerwelle (FDP) Krach. Und auch beim Besuch Zeils werden die Beitrittsverhandlungen eine Rolle spielen. "Ich rechne damit, dass ich in meinen Gesprächen darauf angesprochen werde", sagte Zeil.

Vor seiner Abreise am Mittwoch geben sich alle Beteiligten friedlich: "Kollege Zeil wird so auftreten, dass ich mich nicht darüber ärgern muss", sagt Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer. FDP-Landtagsfraktionschef Thomas Hacker beteuert: "Ich sehe keinen Zündstoff." Staatskanzleichef Siegfried Schneider betont, Zeil fahre als Wirtschaftsminister: "Seine Aufgabe ist es, für eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen den Boden zu bereiten." Dass eine solche Vertiefung sinnvoll ist, bestreitet angesichts des wirtschaftlichen Potenzials der Türkei auch in der CSU niemand: "Dieser Zweck der Reise ist uneingeschränkt positiv", so CSU-Wirtschaftsexperte Erwin Huber.

Aber es geht eben nicht nur um die Wirtschaft. Die CSU sagt seit jeher, dass sie enge Beziehungen zur Türkei will. Doch von engen Beziehungen kann bisher keine Rede sein. Während der Freistaat in den USA, in Indien, Vietnam und 17 anderen Ländern mit einem eigenen Büro die Werbetrommel für den Wirtschaftsstandort Bayern rührte, bekam die Türkei in den Zeiten der CSU-Alleinherrschaft noch nicht einmal Besuch eines Ministers. Erst der FDP-Mann Zeil gab den Anstoß für eine Repräsentanz und will deren Eröffnung auch gebührend feiern: Neben einer 60-köpfigen Delegation nimmt er auch eine Blaskapelle mit. "Mit dem Repräsentanzbüro in der Wirtschaftsmetropole Istanbul wollen wir das enorme Wachstumspotenzial am Bosphorus und in anderen Landesteilen der Türkei für die bayerische Wirtschaft weiter erschließen", sagt Zeil.

Geht es nach der CSU, soll es dabei auch bleiben. "Ich möchte Herrn Zeil mitgeben, dass er die eindeutige und unmissverständliche Haltung des Koalitionspartners CSU bei seinen Gesprächen stets im Kopf hat", so Erwin Huber zum strittigen Thema EU-Beitritt. Zeil lässt sich von diesen Mahnungen nicht aus der Ruhe bringen. "Ich weiß, was meine Verantwortung als bayerischer Wirtschaftsminister ist. Dafür brauche ich keine Ratschläge." Er steht nun vor der Wahl, ob er in Istanbul Rücksicht auf die CSU nimmt oder die Linie seiner eigenen Partei vertritt. Der Zündstoff, von dem bisher niemand etwas wissen will, würde sich dann ganz schnell einstellen.

ZEİL'İN BOĞAZ'DAKİ CAMBAZLIĞI

Türkiye, büyük bir ülke ancak Bavyera Eyaleti Ekonomi Bakanı Martin Zeil, bu hafta Boğaz'a yapacağı ziyarette bıçak sırtında yürüyecek. FDP'li politikacı, İstanbul'da Bavyera eyaletinin 21. yurt dışı temsilciliğinin açılışını yapacak ve bunu yaparken de CSU'nun kuşkulu bakışlarına maruz kalacak. Zira Türkiye, iki koalisyon ortağı arasında kavga konusu. Çünkü CSU, Türkiye'nin AB üyeliğine karşı. Hatta Dışişleri Bakanı Westwerwelle'nin

(FDP) Türkiye ziyareti sırasında kavga çıkmıştı. Zeil'in ziyareti sırasında da katılım müzakerelerinin rol oynaması bekleniyor. Zeil, "Görüşmelerimde bu konunun gündeme geleceğini hesaba katıyorum." diyor.

Çarşamba günü yola çıkılmadan önce bütün katılımcılar nezdinde barışçıl bir hava esiyordu. Bavyera Eyalet Başkanı ve CSU lideri Horst Seehofer, "Çalışma arkadaşımız Zeil, bizi kızdırmayacak şekilde davranacaktır." derken FDP Meclis Grubu Başkanı Thomas Hacker, "Kavgayı tetikleyecek bir neden görmüyorum." ifadesini kullandı. Müsteşar Siegfried Schneider de Zeil'in Ekonomi Bakanı olarak gittiğine işaret ederek "Görevi ekonomik ilişkilerinin derinleştirilmesinin zeminini hazırlamaktır." diye konuştu. CSU ekonomi uzmanı Erwin Huber de "Türkiye'nin ekonomik potansiyeli nedeniyle ekonomik ilişkilerin derinleştirilmesinin mantıklı olduğunu, CSU içinde de kimse inkâr etmiyor. Seyahatin bu amaçla gerçekleşmesi tamamen olumludur." ifadesini kullandı.

Ancak burada sadece ekonomi söz konusu değil. CSU, eskiden beri Türkiye ile yakın ilişkiler istediğini söylese de şimdiye dek yakın ilişkiler kurulduğundan söz edilemez. Bavyera eyaleti, ABD, Hindistan, Vietnam ve 17 başka ülkede kendi ekonomi ofisiyle Bavyera'nın reklamını yaparken CSU'nun tek başına iktidar olduğu dönemlerde, Türkiye'ye bir bakan ziyareti bile gerçekleşmedi. Temsilcilik açılması için ilk kez girişimde bulunan ve açılışı hak ettiği gibi kutlamak isteyen FDP'li Zeil oldu. Kendisi 60 kişilik heyetin yanı sıra bir orkestrayı da beraberinde götürüyor. Zeil, "Ekonomi metropolü İstanbul'da açacağımız temsilciliğimizle Boğaz'da ve Türkiye'nin diğer kesimlerindeki devasa büyüme potansiyelinden Bavyera ekonomisi için faydalanmak istiyoruz." diyor.

CSU'ya kalsa şimdiye kadar olduğu gibi devam edebilir. Erwin Huber, tartışmalı AB üyeliği konusuyla ilgili olarak "Sayın Zeil'e, görüşmelerde bulunurken koalisyon ortağı CSU'nun açık ve yanlış anlamaya mahal vermeyen tutumunu sürekli olarak aklında tutmasını tavsiye ederim." diyor. Zeil ise bu uyarıların kendisini etkilemesine izin vermeyerek, "Bavyera Ekonomi Bakanı olarak nasıl bir sorumluluk taşıdığımın bilincindeyim. Bunun için başkalarının önerilerine ihtiyacım yok." yanıtını veriyor. Zeil şimdi İstanbul'da CSU'yu mu dikkate alacak yoksa kendi partisinin çizgisini mi izleyecek karar vermek zorunda. Şimdiye dek kimsenin varlığını kabullenmediği kavga nedeni, böyle bir durumda çok çabuk oluşabilir.

Kalter Krieg am Rande Europas

sueddeutsche.de

Süddeutsche Zeitung, 16.03.2010

Griechenland und die Türkei rüsten gegenseitig hoch, und Deutschland unterstützt sie auch noch dabei.

Ein Kommentar von Christiane Schlötzer

Kein Land in der Europäischen Union ist so großzügig beim Einkauf von Rüstungsgütern wie Griechenland. Und kein Staat der EU kann sich das so wenig leisten wie das hochverschuldete Hellas. Gut vier Prozent des griechischen Bruttoinlandsprodukts gehen für Militärausgaben drauf, andere EU-Staaten begnügen sich mit einem bis eineinhalb Prozent. Der griechische Regierungschef Giorgos Papandreou hat auf dieses Ungleichgewicht erst vor wenigen Tagen hingewiesen. Dieses Missverhältnis ist nicht neu, es hat Athen zuletzt aber auch nicht davon abgehalten, noch mehr Panzerfahrzeuge und Unterseeboote zu ordern.

Darüber können sich besonders deutsche und französische Firmen freuen, wie der jüngste Bericht des Friedensforschungsinstituts Sipri zeigt. Griechenland bezieht 31 Prozent seiner Rüstungsgüter von deutschen Unternehmen. Die würden auch gern noch mehr liefern, Kampfflugzeuge vom Typ Eurofighter zum Beispiel, für die das klamme Griechenland schon vor einer Weile Interesse bekundet hat. Ein noch besserer Kunde als Griechenland ist nur die Türkei, die laut Sipri-Statistik der wichtigste Abnehmer deutscher Wehrtechnik ist.

Kann man Nato-Mitgliedern Rüstungsexporte verbieten?

Nun heißt es, das sei alles kein Problem, schließlich gehören Griechenland und die Türkei der Nato an, und Rüstungsexporte in Nato-Staaten könne man anderen Nato-Mitgliedern kaum verbieten. Das stimmt. Aber Griechenland und die Türkei sind ein Spezialfall. Die zwei Ägäis-Anrainer rüsten seit Jahren gegeneinander auf. Kampfflugzeuge beider Nationen liefern sich regelmäßig Schaukämpfe, dabei gibt es immer wieder Tote. Der kalte Krieg in der Ägäis hat schon viele Pilotenleben gekostet. Nato und EU schauen diesem hochriskanten Spiel schon viel zu lange zu. Falls es doch Kritik an Athen und Ankara gibt, dann wird sie nicht öffentlich bekannt.

Auch die Türkei kann sich ihre extrem hohen Militärausgaben eigentlich nicht leisten, kauft aber ebenfalls kräftig ein. Die Generalität verzichtet ungern auf die Demonstration von Stärke. Da treffen sich jenseits und diesseits der Ägäis durchaus manche Interessen. Freilich glaubt kaum jemand, dass die beiden Nachbarn, die wirtschaftlich immer enger zusammenwachsen, im 21. Jahrhundert ernsthaft gegeneinander Krieg führen könnten. Die Hochrüstung am Rand Europas ist ein Anachronismus.

Die Europäische Union sollte daher darauf dringen, dass Ankara und Athen ihre Streitigkeiten über Hoheitsgewässer und Flugverbotszonen auf zivilisierte Weise austragen - vor dem Internationalen Gerichtshof. Papandreou selbst hätte nun eine gute Gelegenheit, sein Land an den Abrüstungsgedanken zu gewöhnen. Und wenn die Regierungen in Berlin und Paris den Griechen helfen wollen, dann sollten sie ihnen weitere Rüstungskäufe ausreden. Das könnte in Deutschland Arbeitsplätze kosten. Aber es wäre ehrlicher, als die unbezahlten Rechnungen der Griechen später mit Steuergeldern zu begleichen.

AVRUPA’NIN KIYISINDA SOĞUK SAVAŞ

Avrupa Birliği içinde hiçbir ülke silah satın alma konusunda Yunanistan kadar cömert değil. Ve AB'nin hiçbir devletinin alım gücü, borç batağındaki Yunanistan kadar az değil. Yunanistan'ın GSYİH'nın yüzde 4'ü askeri harcamalara giderken, diğer AB ülkeleri yüzde 1.5'la yetiniyor. Yunan Hükümet Başkanı Yorgo Papandreu daha birkaç gün önce bu dengesizliğe işaret etti. Bu orantısızlık yeni değil, ancak yine de Atina'nın daha çok tank ve denizaltı siparişi vermesine engel olmadı.

Sipri enstitüsünün raporunun da göstergi gibi, bu durum özellikle Alman ve Fransız şirketlerini sevindirebilir. Yunanistan, silahlarının yüzde 31'ini Alman şirketlerinden satın alıyor. Onlar da daha fazlasını ihraç etmeye hazırlar. Örneğin, Yunanistan'ın bir süre önce ilgi gösterdiği Eurofighter tipi savaş uçakları gibi. Sipri enstitüsünün raporuna göre, Alman silah teknolojisinin en önemli alıcısı olan Türkiye ise, Yunanistan'dan çok daha iyi bir müşteri.

Şimdi, tüm bunların sorun olmadığı, sonuçta Yunanistan ve Türkiye'nin NATO ülkesi olduğu ve NATO üyelerinin diğer NATO devletlerine silah ihraç etmesinin yasaklanamayacağı söylenebilir. Bu doğru. Ancak, Yunanistan ve Türkiye özel bir vakadır. Ege'de kıyısındaki iki ülke yıllardan beri karşılıklı olarak silahla donanıyorlar. İki ülkenin savaş uçakları düzenli olarak it dalaşına giriyor ve bu esnada zaman zaman can kaybı da yaşanıyor. Ege'deki soğuk savaş çok sayıda pilotun hayatına mal oldu. NATO ve AB, bu yüksek riskli oyunu çok uzun bir süreden beri seyrediyorlar. Atina ve Ankara'ya eleştiri yapıldığında da, dışarıya duyurulmuyor.

Türkiye'de esasen aşırı yüksek askeri harcamaları karşılayacak durumda değil. Ancak buna rağmen tıpkı Yunanistan gibi bolca silah satın almaya devam ediyor.

Generaller, güç gösterisinden feragat etmek istemiyorlar. Ege'nin iki yakasında bazı ortak çıkarların bulunduğu da oluyor. Ekonomik bakımdan gitgide birbirine kenetlenen iki komşu ülkenin 21. yüzyılda birbirlerine karşı ciddi bir şekilde savaşacağına tabii ki hiç kimse inanmıyor. Avrupa'nın kenarındaki silahlanma zamana aykırıdır.

Avrupa Birliği bu yüzden Ankara ile Atina'nın kıta sahanlığı ile uçuş yasağı bölgeleriyle ilgili anlaşmazlıklarını medeni bir şekilde -Adalet Divanında- çözmeleri yönünde baskı yapmalıdır. Papandreu'nun eline şimdi ülkesini silahsızlanma düşüncesine alıştırmak için iyi bir fırsat geçmiştir. Ve şayet Berlin ile Paris hükümetleri Yunanistan'a yardım etmek istiyorlarsa, o zaman Yunanlıları başka silah almaktan vazgeçirmeleri gerekir. Bu Almanya'da iş yerlerine mal olabilir. Ancak bu şekilde davranmak, Yunanların ödemedikleri faturaları daha sonra vergi gelirleriyle kapatmaktan daha dürüsttür.

Türkei hat es mit der Atomenergie plötzlich eilig

Die Presse
FREI SEIT 1848

Die Presse, 16.03.2010

Russen und Südkoreaner sind Partner für zwei AKW. Geplant sind vier Reaktoren an der Mittelmeerküste bei Mersin mit jeweils zwölfhundert Megawatt Leistung.

Istanbul (keet). Die Türkei plant einen rasanten Einstieg in die Nutzung der Kernenergie. Gerade erst hat man sich mit Russland auf den Bau der ersten kommerziellen Atomreaktoren bei Akkuyu geeinigt, da wird auch schon das nächste Großprojekt mit Südkorea nachgeschoben.

Das seit Jahrzehnten geplante Akkuyu-Projekt bekam in den letzten Jahren plötzlich Dampf. Geplant sind vier Reaktoren an der Mittelmeerküste bei Mersin mit jeweils zwölfhundert Megawatt Leistung. Hauptinvestor ist die staatliche russische Atomstroy Export JCS.

Nach Zeitungsberichten soll das zweite Projekt bei Sinope am Schwarzen Meer noch erheblich größer ausfallen. Es geht um sechs Reaktoren mit jeweils 1400 Megawatt Leistung. Der Auftrag soll ohne Ausschreibung an die südkoreanische Kepco und einen türkischen Partner gehen. Die Baukosten sind mit 20 Mrd. Dollar veranschlagt.

Meiler im Erdbebengebiet

Bezahlt wird das Geld, indem die Firmen die Meiler anfangs selbst betreiben und für den Strom einen garantierten Abnahmepreis bekommen. Aber auch Akkuyu ist noch nicht ganz gesichert. Kernkraftgegner klagen, wobei sie die Garantie für einen hohen Abnahmepreis als Argument gebrauchen, um das Projekt zu Fall zu bringen. Auch der genaue Standort der Sinope-Meiler ist noch nicht geklärt. Die Gegend ist, wie fast die ganze Türkei, erdbebengefährdet.

Vermutet wird, dass Sinope von den Vereinigten Arabischen Emiraten vorfinanziert wird. Außerdem wird über eine mögliche Beteiligung des türkischen Staates berichtet. Dies deutet darauf hin, dass es mit der Finanzierung wohl noch Probleme gibt.

Auffällig ist die Eile, mit der die Projekte angegangen werden. Sie dürfte mit der Projektion eines stark steigenden Energiebedarfs zu tun haben. Ihre Basis: ein starker Bevölkerungszuwachs und ein für bald wieder erhofftes hohes Wirtschaftswachstum.

NÜKLEER ENERJİ KONUSUNDA BİRDENBİRE TÜRKİYE'NİN ACELESİ VAR

Türkiye, nükleer enerji kullanımına son derece hızlı bir giriş yapmak istiyor. Akkuyu'da ticari amaçlı kurulacak ilk nükleer reaktörün inşası konusunda Rusya'yla anlaşmaya yeni varıldı. Bunu hemen Güney Kore'yle gerçekleştirilecek büyük proje takip edecek.

On yıllardır planlanan Akkuyu projesine son dönemde birdenbire hız verildi. Akdeniz kıyısındaki Mersin'de, her biri 1200 megavat gücünde dört reaktör kurulması planlanıyor. Projenin ana yatırımcısı, Rus devlet şirketi Atomstroyexport JCS.

Gazete haberlerine göre, Karadeniz kıyısındaki Sinop'a kurulacak ikinci projenin çok daha büyük olması bekleniyor. Her biri 1400 megavat gücünde olan altı reaktörden söz ediliyor. Bu iş, ihale yapılmadan Güney Koreli Kepco firmasına ve bir Türk ortağına verildi. İnşaatın 20 milyar dolara tamamlanması bekleniyor.

Deprem Bölgesine Nükleer Tesis

İnşaatların parası, söz konusu firmaların reaktörleri başlangıçta bizzat işletmeleri ve üretilen elektrik için garantili alım fiyatı belirlenmesi şeklinde ödenecek. Ama Akkuyu bile henüz tam garanti altına alınmış değil. Nükleer enerji karşıtları, yüksek alım fiyatını, projeyi iptal ettirmek için bir argüman olarak kullandıkları bir dava açıyorlar. Sinop'taki tesisin yeri de henüz tam kesinleşmedi, çünkü o yöre –tıpkı neredeyse Türkiye'nin tamamı gibi- deprem riski altında.

Sinop'un başlangıçta Birleşik Arap Emirlikleri tarafından finanse edileceği tahmin ediliyor. Öte yandan Türk devletinin muhtemel katkısından da söz ediliyor. Bu da projenin finansmanında halen sorunlar yaşandığına işaret ediyor.

Projelerin başlatılmasındaki acele de dikkat çekici. Bu acelenin, güçlü biçimde artan enerji ihtiyacıyla bir ilgisi olabilir. Enerji ihtiyacıysa, hızlı nüfus artışına ve kısa sürede yeniden ekonomik büyümeyi yakalama arzusuna dayanıyor.

Lieferungen an die Erzfeinde

← **dradio.de**

DeutschlandRadio, 18.03.2010

Seit Jahrzehnten streiten Griechen und Türken um die Ägäis, und schon oft standen sie dabei am Rande eines Krieges. Es geht um Seerechte, um den Luftraum über und um den Festlandsockel unter der Ägäis.

Die Bewohner der griechischen Inseln Kos, Lipsi oder Simi haben es schon oft erlebt: F-16 Kampfflugzeuge donnern im Tiefflug über ihren Köpfen hinweg, und kommen sich dabei mit ihren Nasenspitzen so gefährlich nahe, als handele es sich um eine Flugshoweinlage.

Doch die Insulaner wissen: Das ist gefährlicher Ernst. Türkische und griechische Kampfpiloten messen wieder einmal ihre Kräfte. Am nächsten Tag werden griechische Zeitungen - so oder ähnlich - melden: Türkische Kampffjets wieder einmal in griechischen Luftraum eingedrungen. Unsere Piloten haben sie unter Einsatz ihres Lebens wieder vertrieben.

Alltag zwischen zwei NATO-Partnern. Seit Jahrzehnten streiten Griechen und Türken um die Ägäis, und schon oft standen sie dabei am Rande eines Krieges. Es geht um Seerechte, um den Luftraum über und um den Festlandsockel unter der Ägäis. Die Griechen beanspruchen eine Zwölfmeilengrenze um ihre unzähligen Inseln und Felsen herum. Die Türken lehnen eine Ausweitung von sechs auf zwölf Meilen ab - denn dann wäre die Ägäis de facto ein griechisches Meer.

Hinzu kommt der Konflikt auf Zypern - beide Länder sehen sich als Schutzmacht ihrer jeweiligen Volksgruppe auf der Insel. Deutschland habe in den vergangenen Jahren an der Aufrüstung beider Seiten verdient und gleichzeitig den Konflikt außenpolitisch befördert, findet Hugh Pope, Istanbuler Bürochef der International Crisis Group:

"Einerseits unterstützt die deutsche Regierung Griechenland in der gegenwärtigen Finanzkrise als europäischer Partner so gut sie kann, andererseits scheint sie zu übersehen, dass Athens Militärausgaben pro Kopf höher sind als in jedem anderen NATO-Land - und das allein wegen der Streitigkeiten mit der Türkei. Wenn deutsche Politiker gegen eine türkische EU-Mitgliedschaft Stimmung machen, erschweren sie eine Aussöhnung beider Länder. Wer will, dass Griechenland weniger für Rüstung ausgibt, muss die Türkei näher an Europa heranzuführen."

2,4 Prozent ihres Haushalts haben die Griechen zuletzt 2008 für Rüstung ausgegeben - der NATO-Durchschnitt liegt bei 1,7 Prozent. Als Grund für diese exorbitanten Ausgaben wird allein die vermeintliche Bedrohung durch den türkischen Nachbarn genannt. Beide Länder kaufen ihre U-Boote und Panzer vor allem in Deutschland - dabei müsse Berlin zur Vertrauensbildung zwischen den beiden zänkischen Nachbarn etwa auf Zypern beitragen, findet Hugh Pope:

"Die derzeitigen Wiedervereinigungsverhandlungen auf Zypern sind nicht sehr weit gekommen - und daran trägt die EU und Deutschland Mitverantwortung. Denn viele europäische Politiker haben der Türkei immer wieder zu verstehen gegeben: Selbst wenn ihr das Zypern-Problem löst, dürft ihr immer noch nicht in die EU."

Nicht nur Deutschland trägt zur Aufrüstung der beiden Erzfeinde Griechenland und Türkei bei, auch die USA liefern stets an beide: Etwa die F-16 Kampfflugzeuge, die sich dann über der Ägäis Schaukämpfe liefern.

EZELİ DÜŞMANLARA TESLİMAT

Kos, Lipsi ve Simi adalarında yaşayanların sıkça karşılaştığı bir durum var: F-16 savaş uçakları bir havacılık gösteri yaparcasına alçak uçuşla gürültülü bir biçimde kafalarının üzerinden geçerek neredeyse burun buruna geliyorlar.

Ada sakinleri durumun ciddiyet ve tehlikenin gayet farkında: Türk ve Yunan savaş pilotları bir kez daha güç gösterisi peşinde. Yunan gazeteleri ertesi gün –tam olarak böyle ya da biraz farklı bir dille- şöyle manşet atacak: "Türk savaş uçakları bir kez daha Yunan hava sahasını ihlal etti. Pilotlarımız Türkleri canları pahasına püskürttü."

Bu durum iki NATO ortağının günlük yaşantısının bir parçası. Yunanistan ve Türkiye geçmişten beri Ege için çekişiyor ve bu çekişme zaman zaman savaşın eşiğine kadar gelebiliyor. Ege'de tartışma yaratan konular ise kıta sahanlığı, hava sahası ve kıyı şeridi meseleleri. Yunanlar, Ege üzerindeki sayısız ada ve kayalıkları için karasuları sınırını 12 mil olarak talep ediyor. Türkler ise 6 mil olan karasuları sınırının 12 mil'e çıkarılmasına karşı çıkıyor, çünkü bu olduğunda Ege Denizi fiilen bir Yunan denizine dönüşecek.

Buna Kıbrıs sorunu da ekleniyor; her iki taraf da adadaki halklarının hamiliğine soyunuyor. Uluslararası Kriz Grubu Türkiye Analisti Hugh Pope, Almanya'nın geçmiş yıllarda her iki tarafın silahlanmasından büyük kazançlar sağladığı ve aynı zamanda çekişmeyi dış siyasette de teşvik ettiği tespitinde bulunuyor. Pope konu kapsamında, "Alman hükûmeti Yunanistan'ı -hâlen yaşadığı ekonomik krize rağmen- bir Avrupalı ortak olarak elinden geldiğince desteklerken, Atina'nın kişi başına düşen askerî harcamasının NATO ülkeleri arasında en yüksek rakama ulaştığını görmezden geliyor. Üstelik bu harcamanın sadece Türkiye ile olan çekişmesinden kaynaklandığı aşikârken. Alman siyasiler, Türkiye'nin AB üyeliğine karşı bir atmosfer yarattıklarında her iki ülkenin uzlaşmasını zorlaştırıyor. Yunanistan'ın silaha daha az harcama yapmasını isteyenler, Türkiye'yi Avrupa'ya daha fazla yakınlaştırmalıdır." açıklamasında bulunuyor.

Yunanlar son olarak 2008'de bütçelerinin yüzde 2,4'ünü –NATO ortalaması yüzde 1,7 iken- silahlanmaya ayırdı. Bu aşırı harcamanın tek nedeni olarak, Türk komşunun oluşturduğu tehdit gösteriliyor. Her iki ülke de denizaltı ve tanklarını öncelikle Almanya'dan tedarik ediyor. Hugh Pope'a göre, Berlin en azından, iki kavgacı komşu arasındaki Kıbrıs sorununda güven oluşumuna katkıda bulunmalı.

Pope, "Kıbrıs'taki yeniden birleşme müzakerelerinde fazla ilerleme sağlanamadı. Bunda AB ile Almanya'nın da ortak sorumluluğu bulunuyor. Çünkü birçok Avrupalı siyasetçi Türkiye'ye sürekli olarak, 'Kıbrıs sorununu halletseniz bile bu AB'ye girmeniz için yeterli olmayacaktır' telkininde bulunuyor." diyor.

Ezeli düşmanlar Yunanistan ve Türkiye'nin silahlanmasında sadece Almanya değil, ABD de rol oynuyor; En azından Ege semalarında it dalaşı yapan F-16'ları satarak.

Türkei will mit Merkel über Visa reden

DER TAGESSPIEGEL



Der Tagesspiegel, 23.03.2010

Kaum ein anderes Thema im türkisch-europäischen Verhältnis weckt auf der einen Seite so viele Hoffnungen und auf der anderen Seite so viele Ängste: Sollten die Türken eines Tages ohne Visum nach Deutschland und in andere EU-Staaten reisen dürfen, werden sich die meisten von ihnen über die lange ersehnte Reisefreiheit freuen – während viele Europäer den unkontrollierten Ansturm der anatolischen Massen befürchten. Nun wird die Visafrage beim Türkei-Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende März auf die Tagesordnung kommen. Die Türkei will innerhalb kurzer Zeit alle Voraussetzungen für den visumfreien Reiseverkehr mit der EU erfüllen.

Türkische Regierungspolitiker lassen keine Gelegenheit aus, ihre europäischen Gesprächspartner auf das Thema anzusprechen. Insofern wäre es ein Wunder, wenn die Kanzlerin bei ihrem Besuch am 29. und 30. März in Ankara und Istanbul nicht damit konfrontiert würde. Im türkischen Außenministerium hieß es, das Thema Visa sei für die Türkei „einer der wichtigsten Punkte, den wir mit allen EU-Gesprächspartnern erörtern“.

Seit Bürger Serbiens, Montenegros und Mazedoniens Ende des vergangenen Jahres das Recht auf visumfreie Einreise in die EU bekamen, macht Ankara Druck. Die Türkei sieht sich benachteiligt, weil sie als offizieller EU-Bewerberstaat weiter dem Visumzwang unterliegt. Dagegen können Bürger aus den ehemaligen jugoslawischen Teilstaaten visumfrei reisen, obwohl deren Staaten nicht einmal mit EU-Beitrittsverhandlungen begonnen haben. „Wir waren wütend“, als die Entscheidung für die Balkanländer bekannt wurde, sagt ein türkischer Diplomat. Nun setzt die Regierung in Ankara alles daran, für ihre Bürger ebenfalls die Visumfreiheit durchzusetzen. Dafür braucht die Türkei zum einen biometrische Reisepässe, die im Sommer ausgegeben werden sollen. Zum anderen muss Ankara in der Flüchtlingspolitik neue Schritte unternehmen. Und das könnte für die EU von Vorteil sein.

Wegen ihrer Lage zwischen Ost und West ist die Türkei ein wichtiges Durchgangsland für Menschen aus Nahost, Asien und Afrika, die in Europa ein neues Leben beginnen wollen. Rund 62 500 Flüchtlinge, die ohne gültige Papiere auf dem Weg nach Europa waren, wurden im Jahr 2008 von den türkischen Behörden gefasst; wie vielen die Flucht gen Westen gelang, weiß niemand. Bisher weigert sich die Türkei, die über ihr Territorium nach Europa gereisten Flüchtlinge nach einer Abschiebung durch die EU-Staaten wieder

aufzunehmen. Genau dazu muss Ankara sich aber im Rahmen eines sogenannten Rückübernahme-Abkommens mit der EU verpflichten, wenn sie Reiseerleichterungen für türkische Staatsbürger in Europa erreichen will. In diesem Fall müsste sich die Türkei auch darauf einstellen, selbst mit vielen tausend Flüchtlingen zurechtzukommen. Die Ost- und Südgrenzen der Türkei würden gewissermaßen zu europäischen Außengrenzen in der Flüchtlingspolitik.

Fachgespräche über das Abkommen laufen seit einiger Zeit; die Türkei verlangt unter anderem finanzielle Hilfen der EU zur Unterbringung von Rückkehrern und schärferen Grenzkontrollen. Der Vertrag soll nach Angaben aus Ankara noch in diesem Jahr unter Dach und Fach gebracht werden. Sollte die Türkei das Abkommen tatsächlich rasch unterzeichnen und umsetzen, wäre das „ein wichtiger Teil der Annäherung“ von Türkei und Europa, sagte ein europäischer Diplomat in Ankara. Zumindest für Geschäftsleute, Wissenschaftler und Journalisten könnte es dann rasch Erleichterungen geben. Sollte der Visumzwang für die EU-Länder entfallen, hätte die Türkei einen wichtigen Teil ihres europäischen Traums verwirklicht. Die Visumfreiheit wäre nicht nur von praktischem Nutzen für viele Bürger, sondern auch psychologisch wichtig: Sie würde am Bosphorus als Zeichen dafür verstanden, dass die Türkei in Europa dazugehört und nicht ausgegrenzt wird.

Die Aufhebung der Visumpflicht für möglichst viele Länder ist zu einem zentralen Punkt der türkischen Außenpolitik geworden. Rund 60 Länder, vor allem in Südamerika, Afrika und dem Nahen Osten, verlangen inzwischen kein Visum mehr von Türken. Zuletzt unterzeichnete Staatspräsident Abdullah Gül eine entsprechende Vereinbarung mit Kamerun.

TÜRKİYE MERKEL İLE VİZEYİ KONUŞMAK İSTİYOR

Türk-Avrupa ilişkilerinde başka hiç bir konu, bir tarafta bu kadar çok umut uyandırırken diğer tarafta o denli korkulmasına neden olmuyor. Türklerin günün birinde Almanya ve diğer AB ülkelerine vizesiz seyahat etmesine izin verilmesi halinde, Avrupalılar Anadolu'dan kontrolsüz bir şekilde kitlelerin akın etmesinden endişelenirken Türklerin çoğu uzun süredir özlemle bekledikleri seyahat özgürlüğüne kavuştukları için sevinecektir. Şimdi ise vize konusu Şansölye Merkel'in mart ayının sonunda Türkiye'ye gerçekleştireceği ziyaretin gündeminde olacak. Türkiye mümkün olan en kısa sürede AB ile vizesiz seyahat trafiği için gereken tüm koşulları yerine getirmek istiyor.

Türk hükümet politikacıları, Avrupalı muhataplarına konuyu açmak için hiçbir fırsatı kaçırmıyor. Bu yüzden, Şansölye'nin 29/30 Mart tarihlerinde gerçekleşecek olan Ankara ve İstanbul ziyaretinde bu sorularla karşılaşması kimseyi şaşırtmayacaktır. Türk Dışişleri Bakanlığında, Türkiye için vize konusunun tüm Avrupalı muhataplarla görüşülen "en önemli konulardan biri" olduğu söyleniyor.

Sırbistan, Karadağ ve Makedonya vatandaşlarına geçen yılın sonunda AB'ye vizesiz seyahat hakkı tanındığından bu yana Ankara baskı yapıyor. Türkiye kendisine haksızlık yapıldığını düşünüyor, zira AB'ye aday ülkeler için normal olarak vize uygulaması devam ediyor. Buna karşın, AB ile katılım görüşmeleri henüz başlamamış olan eski Yugoslavya devletleri bile vizesiz seyahat edebiliyorlar. Bir Türk diplomatı, Balkan ülkeleriyle ilgili karar açıklandığında, "Çok öfkelenmiştik." diyor. Şimdi ise Ankara'daki hükümet, kendi vatandaşlarının da vizesiz seyahat edebilmesi için tüm imkanları kullanıyor. Türkiye'nin bunun için yazın dağıtılması öngörülen biometrik pasaportlara ihtiyacı var. Diğer yandan Ankara'nın mülteci politikasında yeni adımlar atması gerekiyor ki bu AB için bir avantaj olabilir.

Türkiye, Doğu ile Batı arasında konumu itibarıyla Orta Doğu, Asya ve Afrika'dan gelen ve Avrupa'da yeni bir hayata başlamak isteyen insanlar için önemli bir geçiş ülkesi. Türk makamları 2008 yılında kaçak yollardan Avrupa'ya gitmek isteyen 62.500 mülteci yakaladılar. Batı'ya kaçmayı kaç kişinin başardığını ise kimse bilinmiyor. Türkiye şimdiye kadar kendi toprakları üzerinden Avrupa'ya seyahat etmiş olan, ancak AB devletleri tarafından sınır dışı edilen mültecileri yeniden geri kabul etmeyi reddediyor. Şayet Ankara Türk vatandaşları için Avrupa'da seyahat kolaylığı istiyorsa, o zaman tam da bu konuda AB ile "Geri Kabul Anlaşması" yapması gerekiyor. Bu durumda Türkiye'nin bizzat binlerce mülteci ile uğraşmayı göze alması gerekecektir. Bu durumda Türkiye'nin Doğu ve Güney sınırları adeta Avrupa'nın mülteci politikası dış sınırları haline dönüşecektir.

İlgili anlaşmaya ilişkin uzmanlar arası görüşmeler bir süredir devam ediyor. Türkiye, geri dönenlerin barınmalarının mümkün kılınması ve sınırların daha iyi denetlenebilmesi için AB'den mali destek de talep ediyor. Ankara'dan verilen bilgilere göre, anlaşmanın bu yıl içinde tamamlanması öngörülmüyor. Ankara'daki Avrupalı bir diplomat, Türkiye'nin bu anlaşmayı gerçekten kısa süre içersinde imzalayarak uygulamaya koyması halinde bunun, Türkiye ile Avrupa arasında "yakınlaşmanın önemli ölçüde" gerçekleştiği anlamına geleceğini söylüyor. Böyle bir durumda en azından iş adamları, bilimciler ve gazeteciler için hızla kolaylık sağlanabilir. AB ülkeleri için vize zorunluluğunun kalkması halinde ise Türkiye, Avrupa hayalinin önemli bir kısmını gerçekleştirmiş olacak. Vize muafiyeti sadece vatandaşların çoğu için fayda getirmekle kalmayacak, aynı zamanda psikolojik açıdan da önemli. Vizenin kalkması Boğaz'da Türklerin Avrupa'ya ait oldukları ve dışlanmadıklarının sinyali olarak algılanacaktır.

Olabildiğince çok ülke için vize muafiyeti sağlamak, Türk dış politikasının merkezi konularından biri haline geldi. Öncelikle Güney Amerika, Afrika ve Orta Doğu ülkeleri olmak üzere yaklaşık 60 ülke, artık Türklerden vize talep etmiyor. Son olarak Cumhurbaşkanı Abdullah Gül, Kamerun ile bu yönde bir anlaşma imzaladı.

Merkel konterkariert Westerwelle

WELT ONLINE

Die Welt, 24.03.2010

Vor zwei Tagen betonte Merkel erneut, dass sie eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei für den richtigen Weg halte. Guido Westerwelle dagegen redete Anfang des Jahres in der Türkei von der Perspektive einer türkischen Vollmitgliedschaft in der EU. Was gilt nun? Und was nimmt Merkel auf ihre bevorstehende Türkeireise mit?

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat offenbar kein schlüssiges Konzept für ihre Türkei-Politik. Dieses in mehrfacher Hinsicht besonders wichtige Thema mit innenpolitischen Aspekten (Integration) und außenpolitischen Aspekten (EU-Beitritt der Türkei, ja oder nein) ist allerdings völlig ungeeignet ziel- und kopflos und vor allem mutlos tagespolitischen Zufälligkeiten überlassen zu werden.

Sprach Westerwelle bei einem außenamtlichen Antrittsbesuch in der Türkei Anfang Januar d.J. noch von der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union (siehe hierzu den Beitrag auf dem Mainstream Report "Westerwelle schadet dem konservativen Lager", schraubte Kanzlerin Merkel in der ihr eigenen Art bei heiklen Themen unauffällig zu bleiben, die Sache im „Interview der Woche“ mit dem Deutschlandfunk am 21. März 2010 wieder auf ihre alte Formel zurück: danach hält sie eine privilegierte Partnerschaft zwischen EU und Türkei, was immer das genau sein könnte, für den richtigen Weg. Siehe hierzu das vollständige Interview mit Merkel von letztem Sonntag.

Auf jeden Fall meint eine „privilegierte Partnerschaft“ ein Minus gegenüber der Vollmitgliedschaft und nun würde man gern wissen: gilt Merkels Wort oder gilt Westerwelles Wort?

Verhältnismäßig unverblümt kritisierte der Interviewer des Deutschlandfunks, Stephan Detjen, die anti-integrative, nationalistische und europafeindliche Politik des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, der in die Bundesrepublik und nach Europa herein zu regieren versuchte, in dem er türkischstämmige Politiker hierzulande aufforderte Interessen der Türkei zu vertreten und nicht deutsche oder europäische Politik zu machen. In diesem Sinne dürfen Detjens Fragen an Merkel jedenfalls verstanden werden.

Die Kanzlerin vermied es substantiell darauf einzugehen und stellte sich als Kanzlerin der „Türken mit Migrationshintergrund“, wie sie sagte, und der „deutschstämmigen Bürger“ hin, was keine Antwort auf die ihr gestellten Fragen war, nämlich wie mit der aktuellen Politik Erdogans umzugehen sei und welches ihre konkreten Ziele in diesem Zusammenhang sind.

Merkel fährt einen, was die Türkeipolitik anbelangt und auch was das Thema der Integration anbelangt, pflaumenweichen Eierkurs und das ist nicht gut für die Bundesrepublik und nicht gut für Europa. Hieran ändert nichts, dass Merkel jüngst ein Herz für die Migranten entdeckt hat und der CDU Anfang des Jahres die als revolutionär verkaufte „Berliner Erklärung“ verordnete. In der steht allerdings nichts Substanzielles drin, aber immerhin das Thema Migration und Integration fand mit einem kleinen Absatz Erwähnung in dem Papier. Die Christdemokraten wollen nun auch von muslimischen Mitbürgern gewählt werden, natürlich ohne die eigene Klientel zu vergraulen.

Gilt nun eigentlich die Richtlinienkompetenz der Kanzlerin? Oder macht Guido Westerwelle eine autonome Außenpolitik nach seinem Gusto? Oder hat das Ganze System? Sagt der eine dies und der andere das Gegenteil, um es allen irgendwie recht zu machen? Ist Verzicht auf eine klare politische Aussage hier auch der Verzicht auf klare Politik? Oder werden hier nur Nebelkerzen gezündet?

Die Bürger haben einen Anspruch darauf zu erfahren, wie die Türkeipolitik der Zukunft aussieht und auch die Türkei hat einen solchen Anspruch.

Bei dieser Gelegenheit: Horst Köhler hatte vor einiger Zeit bekundet, dass er die täglich neu ersonnenen Finanzmarktprodukte der Banken nicht mehr im Einzelnen bis ins Detail durchschauen könnte. Das war eine ehrenvolle und mutige Aussage angesichts der Tatsache, dass auch die Banker selber den Überblick über ihre eigenen Innenwelten verloren hatten. Beim Hören des Interviews mit Merkel vom letzten Sonntag dagegen entsteht der Eindruck, dass sie und auch der fragende Journalist beim Thema Kontrolle der Finanzmärkte, einem anderen Interviewpunkt, keinen souveränen Durchblick besitzen, dies aber nicht zugeben.

Jedenfalls hörte sich nicht sehr vertrauenseinflößend an, was Merkel im Deutschlandfunk zu den sachlichen Problemen dieser Zeit und vor allen Dingen zu den Lösungsstrategien zu sagen hatte.

MERKEL, WESTERWELLE'NİN SÖYLEDİĞİNİN AKSİNİ SÖYLÜYOR

Merkel iki gün önce, Türkiye ile imtiyazlı ortaklığa gidilmesini doğru yol olarak gördüğünü bir kez daha vurguladı. Guido Westerwelle ise yılın başında Türkiye'de yaptığı açıklamada, Türklerin AB'ye tam üyeliği perspektifinden söz etmişti. Peki şimdi hangisi geçerli? Merkel, yakında yapacağı Türkiye ziyaretinde beraberinde ne götürecektir?

Anlaşılan, Siyah-Sarı koalisyonundan oluşan Federal Almanya hükûmetinin Türkiye politikasına ilişkin inandırıcı bir tasarısı yok. Ancak, iç politika (uyum) ve dış politika (Türkiye'nin AB üyeliği, evet mi hayır mı?) gibi pek çok bakımdan özel öneme haiz bu konu, hedefsiz, başıboş ve her şeyden önce de cesaretsiz günlük politikaların tesadüflerine terk edilmeye hiç uygun değildir.

Westerwelle, ocak ayının başında Dışışleri Bakanı olarak Türkiye'ye gerçekleştirdiği ziyaretinde katılım müzakerelerinin Avrupa Birliği'ne tam üyelik hedefiyle başlatıldığından söz ederken Şansölye Merkel kendine özgü tavrıyla bu hassas konuda silik kalmayı tercih ediyor ve 21 Mart 2010 tarihinde Deutschlandfunk'a verdiği mülakatta yeniden eski formülüne geri dönüyor. Merkel, AB ile Türkiye arasında -tam olarak ne olduğu bilinmeyen- imtiyazlı ortaklığın doğru yol olduğunu söylüyor.

Her hâlükârda "imtiyazlı ortaklık" tam üyeliğe göre bir eksi anlamına geliyor ve şimdi Westerwelle'nin mi Merkel'in mi sözünün geçerli olduğunu bilmek istiyoruz.

Türk Başbakanı Erdoğan'ın, buradaki Türk kökenli politikacılara Türkiye'nin çıkarlarını temsil etmeleri yönünde çağrıda bulunarak Alman veya Avrupa politikası gütmemelerini telkin etmek suretiyle Federal Almanya ve Avrupa'yı yönetmeye çalışan uyum karşıtı, milliyetçi ve Avrupa düşmanı politikasını açıkça eleştiren Deutschlandfunk'ın röportajcısı Stephan Detjen'in Merkel'e yönelttiği soruları da bu bağlamda anlamak gerekiyor.

Şansölye, meselenin özüne değinmekten kaçınarak kendisinin "Alman kökenlilerin" olduğu kadar "Türk kökenli göçmenlerin" de başbakanı olduğunu söyleyerek kendisine yöneltilen, "Erdoğan'ın güncel politikası karşısında nasıl bir tavır alınması gerektiği ve bu bağlamdaki somut hedeflerinin neler olduğu" şeklindeki soruyu yanıtsız bıraktı.

Merkel, Türkiye politikası ve uyum politikası konusunda, ne Federal Almanya ne de Avrupa için iyi olmayan inandırıcılıktan uzak bir çizgi izliyor. Merkel'in kısa bir süre önce göçmenlerin kalbini kazanma girişiminde bulunması ve CDU'ya, yılın başında bir devrim olarak nitelenen "Berlin Açıklamasını" dayatması da bu durumu değiştirmiyor. Bu açıklamada da zaten esaslı bir şey yazmasa da, en azından kâğıtta göç ve uyum konusuna küçük bir yer ayrılmış. Hristiyan demokratlar, Müslüman seçmenlerin de oylarını almak istiyorlar, tabii ki kendi seçmen çevresini gücendirmeden.

Şimdi geçerli olan Şansölye'nin rota yetkisi midir? Yoksa Guido Westerwelle kendi kafasına göre özerk bir dış politika mı gütmektedir? Ya da tüm bunlar sistemli bir şekilde mi yapılmaktadır? Bir şekilde herkesi mutlu etmek için biri bunu derken, diğeri tam tersini mi söylemektedir? Burada açıkça bir siyasi söylemde bulunmaktan feragat etmek aynı zamanda net politikadan da feragat anlamına mı gelmektedir? Yoksa burada sadece bazı şeylerin üstü örtülmeye mi çalışılmaktadır?

Vatandaşın, Türkiye politikasının gelecekte nasıl olacağını bilmeye hakkı vardır ve bunu bilmek Türkiye'nin de hakkıdır.

Türkei steuert auf neue Krise zu

DER TAGESSPIEGEL



Der Tagesspiegel, 24.03.2010

Einige Justizvertreter redeten daher wie Politiker, beschwerte sich Erdogan am Dienstag, nachdem der Präsident des Berufungsgerichtshofes, Hasan Gerceker, neu vorgelegte AKP-Pläne für weitreichende Verfassungsänderungen scharf attackiert hatte. Kritiker wie Gerceker werfen Erdogan vor, er wolle die Justiz unterjochen. Schon schießen Spekulationen über ein neues Verbotsverfahren gegen die AKP ins Kraut. Die kommenden Monate dürften turbulent werden.

Dabei besteht eigentlich ein breiter Konsens darüber, das die 1982 von den Militärs diktierte Verfassung dringend runderneuert werden muss. Einige der AKP-Pläne zur Änderung von fast zwei Dutzend Verfassungsartikeln wären im Parlament auch mehrheitsfähig. Das betrifft etwa den Vorschlag, die strafrechtliche Immunität der Anführer des Militärputsches von 1980 aufzuheben. Frauenverbände begrüßten das AKP-Vorhaben, die Rechte der Frauen zu stärken.

Trotzdem gibt es Zoff in Ankara. Denn Erdogan lehnt es ab, konsensfähige Einzelpunkte aus dem Paket herauszulösen. Der Premier will mit dem Maßnahmenbündel mehr als nur alte Putschisten vor Gericht bringen: Er will die Justiz reformieren. Und das weckt bei den Gegnern der AKP den alten Verdacht, die Regierungspartei bereite eine islamistische Machtergreifung vor.

So schlägt die AKP eine Neuordnung des Verfassungsgerichts und des Justiz-Aufsichtsgremiums HSYK vor – beide Institutionen gelten als regierungskritisch. Gegner Erdogans sagen, die vorgesehene Aufstockung der Mitgliederzahl in beiden Gremien und die Ernennung neuer Mitglieder durch Präsident und Parlament bedrohe die Unabhängigkeit der Justiz. Auch will die AKP durch die Einführung eines Parlamentsvorbehalts die Verbote von Parteien in Zukunft erschweren. Justizvertreter kritisierten dies als Verstoß gegen die Gewaltenteilung.

Nicht zuletzt will die AKP die zivile Kontrolle über die Militärs stärken. So soll die erstmals Möglichkeit geschaffen werden, vor Gericht gegen Entscheidungen des Hohen Militärrates vorzugehen, des höchsten Entscheidungsgremiums der Armee. Erdogan spricht von Demokratisierung. Die Opposition wirft ihm vor, die strikt säkuläre Armee schwächen zu wollen.

„Eine AKP-isierung der Verfassung“ sieht Oppositionsführer Deniz Baykal in dem Vorschlagspaket und lehnt eine Beteiligung seiner Partei CHP an dem Vorhaben ab. Da die Erdogan-Partei für sich alleine nicht genügend Parlamentssitze für eine Verfassungsänderung hat, will der Premier das

Änderungspaket den Wählern in einer Volksabstimmung vorlegen, die nach Presseberichten noch vor dem Sommer stattfinden könnte. Ein Referendum würde als Vertrauensabstimmung über die Erdogan-Regierung insgesamt verstanden.

Während sich die Politiker in Ankara bereits auf den möglichen Wahlkampf für die Volksabstimmung warmlaufen, schaut ein wichtiger Akteur in der türkischen Hauptstadt aufmerksam zu. Generalstaatsanwalt Abdurrahman Yalçinkaya, der die AKP vor zwei Jahren vor das Verfassungsgericht brachte, arbeitet nach Presseberichten an einer neuen Anklage gegen die Regierungspartei. Niemand weiß, wie ernst der Chefankläger die Klagen der Erdogan-Gegner über Machtmissbrauch und über den angeblichen Versuch zur Knebelung der Justiz nimmt. Dass er diese Kritik genau registriert, gilt als sicher. Und noch gibt es keine strengere Regeln für Verbotsverfahren.

TÜRKİYE YENİ BİR KRİZE DOĞRU YOL ALIYOR

Yargıtay Başkanı Hasan Gerçekler'in Anayasa paketine karşı çıkmasına Başbakan Erdoğan tepki gösterdi ve "Bazı hukukçular siyasetçi gibi konuşuyor." ifadesini kullandı. Gerçekler, Başbakanın adaleti kendi boyunduruğu altına almak istediğini iddia etmişti. Son zamanlarda AK Parti hakkında yeni bir kapatma davasının açılabilceği gündemde.

1982 yılında dönemin askerî rejimi tarafından dikte edilen anayasanın değiştirilmesi gerektiği konusunda toplumun geniş kesimleri hemfikir. Kadın dernekleri, Anayasa paketinde kadın haklarının güçlendirilmesinin yer almasından gayet memnun. Bunun yanı sıra 1980 askerî darbesini gerçekleştirenlerin yargı dokunulmazlığının kaldırılması öngörülüyor.

AK Parti karşıtları yeni anayasa paketinde, adalet sisteminin yeniden yapılandırılmasına kuşkuyla yaklaşıyor ve bu şekilde İslami eğilimli AK Partinin etki alanını genişletmeye çalıştığından söz ediyor.

Yeni anayasa paketinde özellikle Anayasa Mahkemesinin ve Hâkimler ve Savcılar Yüksek Kurulunun yeniden yapılandırılması öngörülüyor. Anayasa paketine karşı çıkanlar, yeni düzenlemelerle adaletin bağımsızlığının zedelenecğini iddia ediyor. AK Parti, siyasi partilerin kapatılmalarını da Meclisin onayına başvurulması suretiyle zorlaştırmak istiyor, bu girişim de kuvvetler ayrılığı ilkesine ters düşeceğı gerekçesiyle eleştiriliyor.

Bunların yanı sıra AK Parti, ordunun sivillerce denetiminin güçlendirilmesini ve mahkemeler nezdinde Askerî Şuranın kararlarına itiraz edilebilme hakkının getirilmesini istiyor. Başbakan Erdoğan, bütün bunları demokratikleşme adına talep ederken muhalefet kendisini laik ordunun gücünü azaltmaya çalışmakla suçluyor.

Muhalefet lideri Deniz Baykal, "Anayasa'nın AK Partileştirilmeye çalışıldığından" söz ediyor ve anayasa paketine karşı çıkıyor. Yaz aylarında ülkede anayasa değişikliğiyle ilgili bir referandum yapılabilir. Basında yer alan haberlere göre, Yargıtay Başsavcısı Abdurrahman Yalçinkaya, iktidar partisi AK Partiye yönelik yeni bir kapatma davası hazırlığı içinde.

Integration

Erdogan fordert türkische Gymnasien in Deutschland



Focus, 25.03.2010

Zur Bekämpfung der Sprachprobleme von Einwanderern hat der türkische Ministerpräsident Erdogan einen ungewöhnlichen Vorschlag: Die Immigranten sollten zunächst Türkisch lernen.

„In der Türkei haben wir deutsche Gymnasien. Warum sollte es keine türkischen Gymnasien in Deutschland geben?“, sagte Tayyip Erdogan der Wochenzeitung „Die Zeit“. Der Ministerpräsident begründete seinen Vorstoß mit den anhaltenden Sprachproblemen vieler der drei Millionen Türken in Deutschland. „Hier hat Deutschland noch nicht die Zeichen der Zeit erkannt. Man muss zunächst die eigene Sprache beherrschen, also Türkisch, und das ist leider selten der Fall.“

Für die Zeit nach dem Abitur schlug Erdogan eine türkisch geprägte Ausbildung in Deutschland vor. „Wir gründen gerade die türkisch-deutsche Universität in Istanbul. Warum gründen wir nicht auch eine bei Ihnen?“ Es gebe ein entsprechendes Bedürfnis. Das sei in den Augen des türkischen Regierungschefs kein Luxus, sondern ein Beitrag zur Integration.

Erdogan sprach sich außerdem für die Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit in Deutschland aus. „Ich finde es sehr bedauerlich, dass Deutschland zu den Ländern in der Europäischen Union gehört, die das nicht zulassen.“

Kurz vor dem Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in Ankara in der kommenden Woche besteht Erdogan auf einer EU-Vollmitgliedschaft seines Landes. „Wir führen bereits die Verhandlungen, und zwar auf Vollmitgliedschaft. Für uns gibt es dazu keine Alternative.“ Die von Merkel angestrebt „privilegierte Partnerschaft“ lehnt Erdogan ab. „Für die Türkei wäre es ein großer Fehler, darauf einzugehen.“ Die meisten anderen EU-Länder akzeptierten diesen Vorschlag ohnehin nicht.

Merkel dämpfte in einem Interview, das am Mittwoch in mehreren türkischen Zeitungen veröffentlicht wurde, die Hoffnungen auf eine Vollmitgliedschaft. Sie werde bei ihrem Besuch in der Türkei auch das Thema Zypern zur Sprache zu bringen. Die EU fordert von der Türkei die Öffnung ihrer Häfen für Schiffe der zur EU gehörenden griechischen Republik Zypern, Ankara lehnt das wegen der Handelsblockade gegen den türkischen Inselteil ab.

ERDOĞAN ALMANYA'DA, TÜRK LİSELERİ AÇILMASINI İSTİYOR

Başbakan Recep Tayyip Erdoğan haftalık gazete Die Zeit'a verdiği mülakatta, "Türkiye'de Alman liselerimiz var. Neden Almanya'da da Türk liseleri olmasın?" dedi. Başbakan bu söyleminin nedenini, Almanya'da yaşayan üç milyon Türk'ün, dil sorunlarına dayanarak açıklıyor: "Almanya burada zamanın izlerini hâlâ göremedi. Kişi öncelikle kendi ana diline hâkim olmalı yani Türkçeye, ancak bu çok nadir gerçekleşiyor."

Erdoğan mezuniyetten sonra Almanya'da, Türkçeye dayalı mesleki eğitim önerisinde bulundu. Ayrıca "İstanbul'da bir Türk-Alman üniversitesi kuruyoruz. Neden bir tane de Almanya'da açmayalım?" dedi. Buna ihtiyaç var. Bir üniversitenin açılması Erdoğan'ın gözünde bir lüks değil bütünleşmeye bir katkı.

Bunun yanı sıra Erdoğan, Almanya'da çifte vatandaşlık düşüncesini de dile getirdi. Başbakan, "Almanya'nın, çifte vatandaşlığa izin vermeyen AB ülkeleri arasında bulunmasını üzücü buluyorum." dedi.

Başbakan Angela Merkel'in gelecek hafta Ankara'ya yapacağı ziyaret öncesinde Erdoğan, ülkesinin AB üyeliğinde ısrar ediyor. Erdoğan, "Müzakereler tam üyelik için devam ediyor. Bu konuda bizim için başka bir alternatif yok." dedi. Merkel'in çabaladığı "imtiyazlı ortaklığı" ise Erdoğan reddediyor ve böyle bir şeye izin vermenin Türkiye için büyük bir hata olacağına vurgu yapıyor. Birçok AB ülkesi de bu öneriyi zaten kabul etmiyor.

Çarşamba günü birçok Türk gazetesinde yayımlanan bir mülakatta Merkel, tam üyelik ümitlerini azalttı. Merkel, Türkiye ziyaretinde Kıbrıs konusunu da gündeme getireceğini açıkladı. AB, Türkiye'den limanlarını, üye Rum kesimine açmasını istiyor, ancak Ankara bunu Türk kesimine uygulanan ambargo nedeniyle reddediyor.

Die Türken kommen



Financial Times Deutschland, 25.03.2010

Die EU hat die Türkei wachgeküsst. Nun muss sie verhindern, dass die Prinzessin mit einem anderen abzieht. von Ines Zöttl

Deutsche Außenminister haben einen schönen Job, aber ein trauriges Schicksal: Immer wenn's wirklich wichtig wird, tritt der/die Kanzler/in ins Rampenlicht, der Ressortchef darf sich derweil in einer der vergessenen Krisenregionen der Welt profilieren.

Einen Stich immerhin hat Guido Westerwelle in seiner Amtszeit schon gemacht. Gleich Anfang Januar reiste er nach Ankara und hofierte die türkische Regierung: Wohl wissend, dass dies einigen in CDU/CSU den Schaum vor den Mund treiben würde, unterstützte er die Hoffnungen der Türken auf den Beitritt zur EU.

Seiner Kanzlerin hat er damit für Ostern ein hübsches Ei ins Nest gelegt. Am Montag kommt nun auch Angela Merkel in die Türkei - aber anders als Westerwelle wird sie nicht als guter Freund wieder abreisen. Denn als Gastgeschenk hat Merkel einen alten Schuh dabei: die privilegierte Partnerschaft, die die Türken mit einer Beziehung zweiter Klasse zur EU anstelle der Vollmitgliedschaft abspesen soll. Die Türken aber sind zunehmend unwillig, sich als arme Verwandtschaft aus dem Osten behandeln zu lassen - und das mit Recht.

Das Land an der Schnittstelle von Europa und Asien ist dabei, sich in die Zukunft zu katapultieren. Eine entschlossene wirtschaftliche Öffnung und Reformen haben es im letzten Jahrzehnt zum Hotspot für Investoren gemacht. Die passive Rolle als Vorposten der USA im Kalten Krieg hat die Regierung in Ankara mittlerweile durch eine selbstbewusste Außenpolitik ersetzt. Seine Landsleute zwingt Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan in einen Crashkurs der Demokratisierung. Und, als Fußnote: Istanbul, nicht etwa Berlin oder München, ist die coolste Partystadt der Welt.

Unumkehrbare Modernisierung

Keine dieser Entwicklungen läuft bruchlos, das bisher Erreichte ist nicht annähernd perfekt. Die Aussöhnung mit Kurden, Armeniern, Zypriern hakt. Die Motive der Reformer sind oft zwielichtig. Erdogan selbst marodiert durch die politische Szene, dass einem der Atem stockt. Der autoritäre Regierungschef gängelt die Presse und drangsaliert Gegner. Die Razzien gegen Militärs wegen ihrer Putschpläne haben rechtsstaatliche Makel. Und trotzdem bleibt zweierlei: Der Modernisierungsprozess ist unumkehrbar. Und es ist Zeit, dass die Deutschen ihre Arroganz gegenüber der Türkei ablegen.

Es geht nicht darum, ob die Türkei reif für die EU ist. Die EU ist nicht reif für die Türkei. Das Land wird, gemessen an anderen Beitrittskandidaten, auf absehbare Zeit die Voraussetzungen erfüllen. Doch zugleich wird offensichtlich, dass der ungebremste Erweiterungskurs die Union überfordert. Die Erwartung, dass der Lissabon-Reformvertrag die EU-27 handlungsfähiger macht, hat sich nicht erfüllt. Und je größer die EU wird, desto mehr verschwimmt, was eigentlich Sinn und Zweck der Gemeinschaft ist.

Es war die Aussicht der EU-Mitgliedschaft, die den Reformprozess in der Türkei wesentlich in Gang gebracht hat. Doch je länger sich die seit 2005 laufenden Verhandlungen hinschleppen, desto stärker koppelt sich beides voneinander ab. Die Türken entdecken ihre Möglichkeiten und ihr eigenes internationales Gewicht. So ist der Anteil derjenigen im Land, die den EU-Beitritt erwarten und für notwendig halten, gesunken. Für die EU ist die Lage vertrackt. Sie kann ihr Beitrittsversprechen nicht halten, sie kann es sich aber

auch nicht leisten, den Partner im Osten zu verlieren. Die EU braucht die Türkei mehr, als die Türkei die EU braucht.

Europa hat ein grundsätzliches Interesse daran, dass der Modellversuch eines demokratischen, pluralistischen muslimischen Staates gelingt und die Frontstellung zum Islam auflöst. Erdogan hat die Gleichung umgeworfen, wonach die Islamisten stets die Bösen, die Säkularen die Guten sind. Seine konservativ-religiöse Regierungspartei AKP peitscht Reformen durch, während die Militärs, selbst ernannte Hüter der laizistischen Ordnung, das Land in der Unmündigkeit halten. Befürchtungen, die AKP setze flächendeckend religiösen Fundamentalismus durch, haben sich bislang nicht erfüllt. Und je mehr Zeit vergeht, desto besser wird sich die Zivilgesellschaft dem widersetzen können.

Die EU braucht die Türkei

Dazu kommt, dass die EU (und die USA) den Partner in der Schlüsselregion zwischen Kaukasus und Nahem Osten dringend braucht, und zwar nicht nur als Energie-Knotenpunkt. Außenminister Ahmet Davutoglu, genannt der "türkische Kissinger", hat eine Strategie der "null Probleme mit Nachbarn" entworfen. Ankara könnte zum Mittler werden - solange die Hinwendung zum Osten nicht zur Abkehr vom Westen führt. Bisher steht die alte Bindung nicht infrage. Es sollte aber die EU beunruhigen, dass sich das lange kooperative Verhältnis der Türkei zu Israel rapide verschlechtert. Es muss sie auch sorgen, wenn die Äquidistanz der türkischen Regierung so weit geht, dass sie sich dem sudanesischen Präsidenten Omar al-Baschir an den Hals wirft und zum Verbündeten von Irans Premierminister Mahmud Ahmadinedschad wird.

Für die Türkei steht im Zentrum auch ihrer Außenpolitik, die Basis für wirtschaftlichen Aufstieg zu legen. Erdogan braucht Erfolge, seine Bevölkerung ist polarisiert und verunsichert.

Das Nato-Land erhebt Anspruch auf mehr Einfluss in der Region und Geltung. Noch erprobt die Türkei sich und die alten und neuen Partner, kippt das neue Selbstbewusstsein teils in Nationalismus ab. Ziemlich typisch für die derzeitige Verfassung der Türkei ist, dass sie gerade den IWF vor die Tür setzte. Den Kredit brauche man zu den gesetzten Bedingungen nicht, beschied Erdogan die Washingtoner Institution. Schließlich gehöre man 2010 und 2011 nach Prognosen zu den weltweit am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften.

Die EU täte gut daran, den Gestaltungsanspruch Ankaras zu akzeptieren. Nur wer den Türken auf Augenhöhe begegnet, wird auch in Zukunft Gehör finden. Türkische Politiker kehren aus Gesprächen im Nahen Osten oder Russland mit dem wohlthuenden Gefühl heim, dort "anerkannt und respektiert" zu werden, schrieb jüngst Nigar Göksel, Chefredakteurin des "Turkish Policy Quarterly". Merkel und ihre EU-Kollegen könnten sich daran ein Beispiel nehmen.

TÜRKLER GELİYOR

Federal Almanya Dışışleri Bakanı Guido Westerwelle, ocak ayı başlarında Türkiye'ye yaptığı ziyarette, Türkiye'nin AB üyeliğini desteklediğini söylemişti. Önümüzdeki günlerde ise Şansölye Angela Merkel, Türkiye'yi ziyaret edecek ve AB üyeliğiyle ilgili olarak imtiyazlı ortaklıktan söz edecek. Türkler haklı olarak bu fikre hiç de sıcak bakmıyor.

Son yıllarda Türkiye, yaptığı reformlar ve ekonomik açılımı neticesinde yatırımcılar için oldukça cazip bir ülke hâline geldi. Bunun yanı sıra ülke kendinden emin bir dış siyaset yürütmektedir. Başbakan Recep Tayyip Erdoğan, vatandaşlarını zorunlu bir demokratikleşme kursuna tabi tutmaktadır.

Türkiye'deki gelişmeler mükemmel olmaktan uzaktır. Kürt, Ermeni ve Kıbrıs sorunu konularında sıkıntılar yaşanmaktadır. Otoriter Başbakan, basına ve muhaliflerine hoyrat davranmaktadır. Darbe planı yaptıkları iddia edilen ordu mensuplarına yönelik baskınlar hukuk devleti prensibine aykırıdır. Bunlara rağmen ülke geri dönülmez bir modernleşme sürecine girmiştir ve Almanların Türkiye'ye karşı olan kibirli tavırlarından vazgeçme zamanı gelmiştir.

Mesele, Türkiye'nin AB için hazır olup olmaması meselesi değildir. Aslında AB, Türkiye için hazır değildir. AB'nin genişlemenin üstesinden gelemediği gözlemleniyor. Lizbon Anlaşması'nın da 27 ülkeden oluşan AB'yi daha işler hâle getireceği beklenmiyor.

Türkiye'deki reform sürecini muhtemel bir AB üyeliği hızlandırdı. Müzakereler uzadıkça bu süreç işlerliğini kaybetti. Türkiye kendi sahip olduğu uluslararası değerini gittikçe fark etmeye başladı. Son yıllarda ülkenin AB üyeliğini arzu edenler azaldı. AB, hem Türkiye'ye verdiği üyelik sözünü yerine getiremiyor hem de doğudaki bu ortağından vazgeçemiyor. AB'nin Türkiye'ye, Türkiye'nin AB'ye olduğundan çok daha fazla ihtiyacı vardır.

Başbakan Erdoğan'ın dinî eğilimli muhafazakâr AK Partisi reformlarını laik eğilimli ordunun engellemeye çalışmasına rağmen devam ettirmektedir. AK Partinin kökten dinci hedeflerinin olduğu iddiaları bu zamana kadar kanıtlanamadı.

AB ve ABD, Kafkaslar ve Orta Doğu arasında anahtar bir konumda olan bu ülkeye sadece enerji alanında ihtiyaç duymamaktadır. "Türklerin Kissinger'i" olarak görülen Dışışleri Bakanı Ahmet Davutoğlu, "komşularla sıfır sorun" stratejisini geliştirdi. Bu bağlamda Ankara bölgede –Batı'dan kopmadığı sürece- ara buluculuk işlevini yerine getirebilir. AB, Türkiye'nin İsrail ile ilişkilerinin zedelenmesinden endişe duymak durumundadır. Aynı şekilde Türkiye'nin Sudan Devleti Başkanı Ömer el Beşir ve İran Cumhurbaşkanı Ahmedinejat ile yakın ilişki içinde olması AB'yi endişelendirmelidir. Türkiye'nin izlediği dış siyaset gereği de ülkenin ekonomik olarak kalkınması temel teşkil ediyor. Ülkede son zamanlarda bir kutuplaşma ve güvensizlik dikkat çekiyor ve Başbakanın bu nedenle yeni başarılar göstermesi gerekiyor.

NATO üyesi Türkiye bölgesinde daha etkili olmak için girişimlerde bulunuyor. Türkiye son olarak IMF'nin kredisini ileri sürülen koşullar

nedeniyle kabul etmediğini açıkladı. 2010 ve 2011 yıllarının öngörülerine göre Türkiye, dünyada en hızlı gelişen ekonomilerden biridir.

"Turkish Policy Quarterly" adlı derginin yazarı Nigar Göksel, Türk siyasetçilerin, Rusya ve Orta Doğu ülkelerine yaptıkları temaslarda saygı gördüklerini ve bundan memnuniyet duyduklarını belirtiyor. Şansölye Merkel ve AB'li diğer siyasetçiler bunu örnek almalı.

Erdogans mysteriöse "Euro-Türken-Konferenz"

WELT ONLINE

Die Welt, 25.03.2010

Die Angelegenheit wurde mit äußerster Diskretion behandelt. Weder die Botschaften noch die türkischen Medien bekamen Wind davon, dass Ministerpräsident Erdogan 1500 Politiker und Geschäftsleute türkischer Herkunft aus Europa nach Istanbul bestellte. Angeblich hat er sie auf die türkischen Interessen eingeschworen.

Rund 1500 Politiker und Geschäftsleute türkischer Herkunft aus europäischen Ländern kamen vor kurzem in Istanbul zusammen. Sie kamen auf Einladung und auf Kosten der türkischen Regierung. Die war bei dem Treffen prominent vertreten, Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan persönlich sprach eindringlich zu den Gästen.

Das Bemerkenswerteste an dieser Riesenveranstaltung war vielleicht die Diskretion, die sie umgab. Erst als der „Spiegel“ aufgrund von Aussagen mehrerer Teilnehmer nachträglich darüber berichtete, wurde die Geschichte publik. In der Türkei selbst war nichts in den Medien erschienen.

„Das ist weniger ein Bemühen der Regierung, die Sache diskret zu handhaben, als vielmehr die Ignoranz der türkischen Journalisten – sie verstanden einfach nicht, dass dies ein wichtiges Thema sein könnte“, meint ein westlicher Botschaftsvertreter. Und ein anderer weist darauf hin, dass es auch früher solche Treffen gab – aber nie in dieser Größenordnung und mit so prominenten Teilnehmern.

Tatsache ist, die meisten Botschaften wussten nichts von der geplanten Veranstaltung, zu der zahlreiche gewählte Abgeordnete ihrer Länder auf Kosten des türkischen Staates geladen waren. Teilnehmer berichteten dem „Spiegel“, dass sie auf dem Treffen von Erdogan aufgefordert wurden, in ihren politischen Aktivitäten nicht die Interessen der Türkei zu vergessen. Ihnen sei gesagt worden, dass Türken in Europa gezielt die Staatsbürgerschaft des Gastlandes erlangen sollten, um so ihren politischen Einfluss in diesem Land zu steigern und ihn im Interesse der Türkei zu nutzen. Ihre türkische Staatsbürgerschaft sollten sie nach Möglichkeit behalten, und auf keinen Fall die Identität der Gastländer übernehmen, denn das wäre Assimilation.

Anfragen von WELT ONLINE bei einer Reihe westlicher Botschaften ergaben, dass – mit einer Ausnahme – niemand im Vorfeld von der Konferenz Kenntnis hatte. Die eine Botschaft, die über diese Veranstaltung unterrichtet war, äußerte grundsätzliches Interesse, einen Beobachter zu entsenden, erhielt jedoch keine Einladung.

Alle befragten Diplomaten reagierten mit höflich formulierter Überraschung auf das denkwürdige Ereignis. Sie baten WELT ONLINE, sie nicht persönlich zu zitieren. Die niederländische Botschaft arbeitet derzeit an einer Liste der holländischen Teilnehmer – man weiß nicht genau, welche holländisch-türkischen Politiker zugegen waren, und angesichts des Inhaltes der Reden könnte das von Interesse sein.

Die Schweizer Botschaft gab zu verstehen, dass ganz allgemein – und nicht spezifisch auf diese Konferenz bezogen – die Wähler der Schweiz in der Regel von ihren Volksvertretern erwarten, dass diese die Interessen der Wähler vertreten.

Alle Botschaften begrüßten Kontakte politischer Art zwischen der Türkei und türkischstämmigen Persönlichkeiten aus europäischen Ländern – wenn dies der Brückenbildung und dem Völkerverständnis, letztlich der Integration der Türken in ihren neuen Heimatländern diene. Zugleich wurden aber Fragen laut, ob dies tatsächlich das Ziel dieser Konferenz gewesen sei. Da sie nicht dabei gewesen seien und nicht folglich nicht wüsten, was genau gesagt wurde, könnten sie kein Urteil abgeben.

ERDOĞAN'IN ESRARENGİZ AVRUPA TÜRKLERİ KONFERANSI

Mesele, büyük bir gizlilik içinde ele alındı. Başbakan Erdoğan'ın Avrupa'da yaşayan Türk kökenli 1500 politikacı ve iş adamını İstanbul'a çağırdığından ne Büyükelçiliklerin ne de Türk medyasının haberi oldu. Erdoğan'ın onlara Türk çıkarlarını savunma yükümlülüğü verdiği iddia ediliyor.

Kısa bir süre önce Avrupa'dan Türk kökenli 1500 kadar politikacı ve iş adamı Türk hükûmetinin davetlisi olarak İstanbul'a geldi. Yapılan toplantıda Türk hükûmeti üst düzeyde temsil edildi. Başbakan Recep Tayyip Erdoğan, bizzat konuklarına hitaben etkileyici bir konuşma yaptı.

Bu devasa etkinliğin en dikkat çekici tarafı belki de bu denli gizlilik içinde yapılmış olmasıydı. Konu, Spiegel dergisi tarafından çok sayıda katılımcının buluşma sonrasında anlattıklarını dayanak alarak haber yapmasıyla gündeme taşındı. Türkiye'de de medyada konuyla ilgili hiçbir haber yayımlanmamıştı.

Batılı bir büyükelçilik temsilcisine göre bu, "Hükûmetin meseleyi gizlemeye çalışmasından ziyade bunun önemli bir konu olduğunu anlayamayan Türk gazetecilerin bilgisizliği" idi. Bir diğer büyükelçilik temsilcisi ise eskiden de bu tür buluşmalar olduğuna ancak hiç bu kadar büyük ve bu denli tanınmış katılımcıyla gerçekleşmediğine işaret ediyor.

Gerçek olan, bu etkinlikten, büyükelçiliklerin çoğunun haberdar olmadığıydı. Katılımcılar, Spiegel'e, Erdoğan'ın kendilerinden siyasi faaliyette bulunurken Türkiye'nin çıkarlarını korumayı unutmamalarını talep ettiğini anlattı. Kendilerine, Türklerin Avrupa'da misafir edildikleri ülkenin vatandaşlığını, sadece bu ülkedeki siyasi etkilerini artırmak ve bu etkiyi Türkiye'nin çıkarları için kullanmak hedefiyle almaları söylenmiş ve Türk vatandaşlığına mümkün mertebe sahip çıkmaları, kesinlikle misafir edildikleri ülkenin kimliğini üstlenmemeleri zira bunun asimilasyon anlamına geleceği telkin edilmiş.

Welt Online'nin çok sayıda Batılı büyükelçiliğe yönelttiği sorular, bir istisna dışında hiçbirinin konferanstan önceden haberdar olmadığını ortaya koydu. Etkinlikten haberdar edilen büyükelçilik, toplantıya bir temsilci göndermeyi düşündüğünü bildirmesine rağmen kendilerine davetiye gönderilmemiş.

Soru yöneltilen diplomatların hepsi, bu düşündürücü olay karşısındaki şaşkınlıklarını nazik sözlerle dile getirdi. Ancak söylediklerinin zikredilmemesini rica ettiler. Hollanda Büyükelçiliği hâlihazırda Hollandalı katılımcılarla ilgili bir liste üzerinde çalışıldığını, hangi Hollandalı Türk kökenli politikacıların etkinliğe katıldığının tam olarak bilinmediğini ve bunun, konuşmaların içeriği açısından ilginç olabileceğini belirtti.

İsviçre Büyükelçiliği ise genel anlamda ve bu konferansı dayanak almaksızın İsviçre'deki seçmenin, halkın temsilcilerinden onların çıkarlarını temsil etmesini beklediklerini ima etti.

Tüm büyükelçilikler, köprü oluşturmaya, halklar arası anlayışa ve sonuç itibarıyla Türklerin yeni vatanlarındaki uyumuna hizmet edecekse Türkiye ile Avrupa ülkelerindeki Türk kökenli şahsiyetler arasında siyasi temasları memnuniyetle karşılıyorlar. Ancak eş zamanlı olarak bunun gerçekten konferansın hedefi olup olmadığı soruları yükseldi. Bizzat orada olmadıkları için ve dolayısıyla da tam olarak ne söylendiğini bilmedikleri için bir hüküm veremiyorlar.

Wirtschaft drängt auf Annäherung

Handelsblatt

Handelsblatt, 28.03.2010

Bundeskanzlerin Angela Merkel sitzt angesichts ihrer Türkei-Reise zwischen allen Stühlen. Während führende deutsche Wirtschaftsvertreter auf eine weitere Annäherung Deutschlands und Europas an die Türkei drängen und die große wirtschaftliche Bedeutung des Landes betonen, bremst Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer. Er warnt vor einem EU-Beitritt im Hauruck-Verfahren.

ATHEN/BERLIN. Ummittelbar vor dem Türkei-Besuch von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) pocht die deutsche Wirtschaft auf eine weitere Annäherung zwischen Türkei und Europäischer Union (EU). "Die deutsche Wirtschaft mahnt eine emotionsfreie Diskussion um die Beitrittsverhandlungen der Türkei an. Das Land bleibt absehbar ein Wachstumsmarkt in strategisch bedeutender Lage", sagte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Werner Schnappauf dem Handelsblatt. "Als Zielmarkt deutscher Exporte ist die Türkei mit 15 Milliarden Euro im Jahr 2008 wichtiger als Japan", sagte Schnappauf. Ähnlich äußerte sich der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) Hans Heinrich Driftmann: "Wirtschaftlich gehört die Türkei bereits zu Europa." Unterstützung erhält er von Christian Köhler, dem Hauptgeschäftsführer des Markenverbandes. "Die Türkei sollte der EU beitreten können, sobald alle Kriterien erfüllt sind."

Merkel wird heute zu einem zweitägigen Besuch in Ankara und Istanbul erwartet. Neben einem Treffen mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan wird die Kanzlerin auch mit türkischen Unternehmern zusammen kommen. Im Zentrum ihrer Gespräche steht der Stand der EU-Beitrittsverhandlungen und die Fortschritte bei der Lösung des Zypern-Konfliktes. Zudem geht es um Sanktionen gegen den Iran, die die Türkei ablehnt, und den Stand des Baus der Nabucco-Pipeline.

Die Pipeline soll Gas aus der kaspischen Region nach Westeuropa bringen und die europäischen Länder unabhängiger von russischem Gas machen. "Nabucco hilft mit türkischer Beteiligung, die Gasversorgung Europas zu sichern", sagt RWE-Vorstandschef Jürgen Großmann. Neben ihm gehören unter anderem Hans-Peter Villis von EnBW, der Vorstandsvorsitzende der Bahn AG Rüdiger Grube und Airbus-Chef Thomas Enders zur Wirtschaftsdelegation der Kanzlerin.

Während die deutsche Wirtschaft unisono auf eine engere wirtschaftliche Beziehungen zur Türkei drängt, gibt es auch Stimmen, die einen EU-Beitritt des Landes nicht als Voraussetzung dafür sehen. "Durch die bestehenden Assoziierungs- und Freihandelsabkommen ist der bilaterale Außenhandel bereits weitgehend liberalisiert", sagt Anton Börner, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA). "Von einem möglichen EU-Beitritt des Landes wäre daher kein besonderer wirtschaftlicher Impuls zu erwarten." Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt sprach sich für ergebnisoffene Verhandlungen über eine EU-Beitritt aus. Die Entscheidung hänge aber auch davon ab, "ob die EU in der Lage ist, dieses große Land ohne Gefährdung ihrer politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Balance aufzunehmen".

Die Frage eines EU-Beitritts ist in Merkels Regierungskoalition umstritten. Während FDP-Chef Guido Westerwelle bei seinem Türkei-Besuch im Januar versichert hatte, die Verhandlungen würden ergebnisoffen geführt, hält vor allem die CSU eine Vollmitgliedschaft nicht für möglich. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) sagte, eine privilegierte Partnerschaft sei "noch immer für das beste Angebot, das Deutschland der Türkei machen

kann". Gerade vor dem Hintergrund der Probleme mit Griechenland dürfte die Entscheidung über einen EU-Beitritt "keinesfalls im Hau-Ruck-Verfahren gefällt werden". Derzeit sind die Verhandlungen bei zwölf von 35 Kapiteln über einen EU-Beitritt eröffnet. An der Eröffnung weiterer Kapitel zum Beispiel im Bereich Lebensmittelsicherheit und Wettbewerbsrecht wird gearbeitet. Die Verhandlungen kommen auch deshalb langsam voran, weil die EU wegen des Streit um Zypern die Gespräche über mehrere Kapitel ausgesetzt hat.

In der Türkei gehört die Wirtschaft seit Jahrzehnten zu den engagiertesten Befürwortern eines EU-Beitritts. Für das von Merkel und Seehofer favorisierte Modell einer "privilegierten Partnerschaft" findet man in türkischen Unternehmerkreisen genauso wenig Verständnis wie unter den Politikern. Einflussreiche Wirtschaftsverbände wie die Unternehmervereinigung Tüsiad setzen auf die Vollmitgliedschaft. Konsequenterweise treten sie seit vielen Jahren für demokratische Reformen ein.

Die Reise Merkels begleiten auch konkrete Wünsche der Wirtschaft. So forderten BDI und DIHK Merkel auf, sich für die Verlängerung des Doppelbesteuerungsabkommens mit der Türkei einzusetzen. "Die Verhandlung eines neuen Doppelbesteuerungsabkommens scheint nicht richtig voranzukommen", sagte DIHK-Präsident Driftmann. "Sollte es in diesem Jahr zu keiner Verlängerung kommen, wären mehr als 3.000 überwiegend mittelständische deutsche Unternehmen betroffen", sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Schnappauf. Deutschland hatte das bisherige Abkommen zum Jahresende 2010 gekündigt, weil es veraltet und unausgewogen gewesen sei. Der DIHK dringt zudem auf Reiseerleichterungen für Geschäftspartner aus der Türkei. "Es ist der Geschäftswelt schwer zu vermitteln, wenn Visa nur auf Basis einer Einladung erteilt werden", sagte Driftmann.

Merkel (CDU) will bei ihrem bevorstehenden Besuch in Ankara und Istanbul auch über die Integration der türkischstämmigen Bürger in Deutschland reden. „Das bedeutet natürlich, dass die deutsche Sprache erlernt wird und die deutschen Gesetze eingehalten werden“, sagte Merkel in ihrer wöchentlichen Video-Botschaft im Internet.

Die Grünen kritisierten die Forderung Merkels nach einer besseren Türken-Integration in Deutschland scharf. „Es reicht nicht über Integration zu schwadronieren, man muss handeln“, sagte der Geschäftsführer der Grünen-Fraktion im Bundestag, Volker Beck, am Sonntag im Gespräch mit Handelsblatt Online. Die sogenannte nachholende Integration wird aus Becks Sicht nur gelingen, wenn man eine Bildungspolitik macht, die Ausbau und Qualitätsverbesserungen bei den Kinderbetreuungseinrichtungen und längeres gemeinsames Lernen umfasst. „Auch hier steht die Partei von Frau Merkel wieder auf der Bremse statt auf dem Gaspedal“, kritisierte der Grünen-Politiker.

Beck führt die Integrationsprobleme auch der in Deutschland lebenden Türken auf jahrzehntelang verfehlte Politik zurück. „Erstmals mit dem rot-grünen Zuwanderungsgesetz hat man in Deutschland Integrationskurse für Neuzuwanderer vorgeschrieben, das hätte man schon drei Jahrzehnte früher tun sollen“, sagte er und fügte hinzu: „Aber die konservative Mär, Deutschland sei kein Einwanderungsland, hat dies verhindert.“

MERKEL TÜRKİYE’DE: ALMAN İŞ ADAMLARI TÜRKİYE’NİN AB ÜYELİĞİNİ DESTEKLİYOR

Almanya'nın nde gelen ekonomi gazetelerinden Handelsblatt, Merkel'in, ziyareti öncesinde Türkiye'nin Avrupa Birlięi yelięine bir kez daha karşı çıktıęını ancak çok sayıda Alman iş adamının, Türkiye'nin AB yelięine sıcak bakılması gerektięi şeklinde görüş belirttięini yazdı.

Gazete, Alman Sanayicileri Birlięi (BDI) yöneticisi Werner Schnappauf'un gazeteye yaptıęı açıklamalara yer verdi. Schnappauf'un, gazeteye şöyle konuřtuęu belirtildi: “Alman ekonomisi, Türkiye ile yürütülen üyelik müzakerelerinde duygusallıktan uzak bir tartıřma yapılmasını istiyor. Türkiye ile olan ekonomik iliřkilerimiz yıllardan beri ortalamanın üzerinde geliřiyor. Bu lke stratejik öneme sahip bir pozisyonda büyüyen bir pazar olarak görülüyor.”

Almanya'nın 2008'de Türkiye'ye 15 milyar Avroluk ihracat yaptıęını, bu konuda Türkiye'nin Japonya'dan bile daha büyük bir önem kazandıęını ifade eden Schnappauf, Merkel'den, yıl sonunda sona erecek olan ifte Vergilendirme Anlařması'nın uzatılması için çaba harcamasını istedi.

Aksi takdirde Türk-Alman ekonomik iliřkilerinin verimlilięinin azalacaęı uyarısında bulunan Schnappauf, “Bundan çoęunlukla orta ölçekli yaklařık 3 bin Alman řirketi olumsuz yönde etkilenir. Bu řirketler Türkiye'de Rusya, İran ve in'den gelen řirketlerin arasında büyük bir rekabet yařıyor” diye konuřtu.

Handelsblatt’ın haberine göre, RWE řirketinin bařkanı Jürgen Grossmann da, Türkiye üzerinden geçmesi planlanan Nabucco boru hattının Batı Avrupa için olan önemine dikkat çekerek, “Avrupa, Türkiye ile siyasi ve ekonomik alanda daha sıkı iş birlięi yapmalı” şeklinde görüş belirtti. Grossmann, Batılı řirketler için Türkiye'nin özellikle alt yapı yatırımları açısından iyi perspektifler sunduęunu kaydetti.

Alman İşverenler Derneęi Bařkanı (BDA) Dieter Hundt, Türkiye ile sürdürülen "ucu açık" yelik müzakerelerini destekledięini belirterek, ancak Türkiye'nin AB yelięinin, sadece řartları yerine getirmesine baęlı olmadıęını, AB'nin řartlarının da Türkiye gibi büyük bir ülkeyi kabul edebilecek uygunlukta olması gerektięini söyledi.

Alman Sanayi ve Ticaret Odası Bařkanı (DIHK) Hans Heinrich Driftmann da “Türkiye ekonomik olarak çoktan Avrupa’ya girdi” diye konuřurken Markalar

Derneđi (Markenverband) Genel Sekreteri Christian Köhler de "Türkiye kriterleri yerine getirdiđinde Ab  yesi olmadı" diye vurguladı.

Öte yandan Almanya Toptancılık ve Dıř Ticaret Federasyonu Bařkanı Anton Börner ise Türkiye ile gerçekleřtirilecek ortaklıđın ille de üyelik diye isimlendirilmesinin gerekli olmadıđını ifade ederek, Merkel benzeri açıklamalarda bulundu. Börner, "Süregelen gümrük birliđi ve benzeri anlamsalar sayesinde ikili ekonomik iliřkiler zaten oldukça liberalize edilmiř durumdadır. Bu nedenle Türkiye'nin AB  yeliđi ülkeye ve AB'ye önemli kazançlar sađlamayacaktır" şeklinde konuřtu.

Kaynaklar: Tüm Alman gazeteler ve www.byegm.gov.tr

•